

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando
Drittelsjahr 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsspaltige Kolonne
jeite oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Berichte
und Versammlungs-Berichte 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 5. Juni 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Nach dem Lyoner Kongreß.

Paris, 2. Juni.

Die Konsequenzen der Lyoner Spaltung entwickeln sich mit
logischer Folgerichtigkeit fort.

Der neugebildeten „revolutionär-socialistischen“ Kammerfraktion
sind auch die drei guesdistischen Deputierten: Jévoas, Dufour
und Sauvanet beigetreten. Ebenso sind ihr beigetreten die zwei
blanquistischen Deputierten: Breton und Chauvière, die dem
Lyoner Kongreß nicht beigewohnt und von denen der
eritere diesem Kongreß ein Begrüßungsschreiben sandte, worin
er seine Abwesenheit bedauerte. Die Beitrittschreiben von
Breton und Chauvière sind übrigens nichts weniger als begeistert
über die Spaltung der Partei und der Kammerfraktion. Noch mehr,
Breton will nicht aus der alten Fraktion austreten, während
Chauvière wenigstens formell zu demissionieren für unwürdig hält.

Hier der Vorklaut ihrer Beitrittschreiben an den Sekretär der
„revolutionär-socialistischen“ Fraktion.

Breton schreibt: „Ich bedauere sehr aufrichtig die unheilvolle
Spaltung, die soeben von neuem die socialistischen Kräfte zerplittert
hat. Diese herzbrechende Spaltung verlegt in eine besonders
peinliche Lage die Genossen, die glauben, daß die Union sämtlicher
Socialisten für die rasche Entwicklung unserer Partei ganz unent-
behrlich ist. Ich gehöre zu diesen Genossen und will nichts thun,
was auch nur im geringsten den Miß erwidern könnte,
der so unglücklichweise auf dem Lyoner Kongreß
entstanden ist. Ich kann also nicht zwischen den beiden
parlamentarischen Gruppen wählen, die jetzt in der Kammer
die socialistische Partei vertreten. Ich sehe keinen Grund,
um aus der alten Gruppe auszutreten, andrerseits aber wäre es für
mich allzu peinlich, mich von den Freunden zu trennen, die soeben
die neue Gruppe gebildet haben. Ich sende Dir also meine
Beitrittsklärung in der sehr aufrichtigen Hoffnung, daß alle socia-
listischen Deputierten bald von neuem sich herzlich vereinigen werden
für eine gemeinsame Aktion und zum größten Wohl des Socia-
lismus.“

Chauvière's Beitrittschreiben lautet: „Unnützlich, Dir zu sagen,
daß ich der neuen Gruppe beitrete; aber weder ostentativ noch
andere gebe ich meine Demission aus der (alten) Gruppe, der man
sich morgen wieder anschließen müssen, wenn der ministerielle
Kip sich gehoben hat. Alles, was vorgeht, erfüllt mich mit Trauer,
da man aber nicht wirklich unabhängig sein kann, so bleibe ich mit
meinen dreißigjährigen Freunden, indem ich zugleich bedauere,
mich augenblicklich von denen entfernt zu sehen, auf
die wir so große Hoffnungen gesetzt haben. Die Sache
ist heftig genug, um unter ihrem Banner die verschiedensten
Temperamente zu beherbergen, die aus Taktik Gemäßigten und die
Vorgeschnittenen, Rechte und Linke. Das Ziel bleibt aufrecht und
das genügt uns.“

Die „revolutionär-socialistische“ Kammerfraktion zählt — bisher
wenigstens — insgesamt 12 Mitglieder (unter den 42 socialistischen
Abgeordneten).

Die Stellung der Guesdisten. Der Nationalrat
(Parlamentsvorstand) der französischen Arbeiterpartei hat in seiner
Sitzung vom 31. Mai einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „In
Erwartung und zwecks Vorbereitung der socialistischen Einigkeit,
die das ständige Ziel der Bemühungen der französischen Arbeiter-
partei bleibt, ist der Nationalrat geneigt, sich in einem Ver-
ständigungskomitee (comité d'entente) vertreten zu lassen,
das auf einer zu bestimmenden Grundlage alle Gruppen umfassen
würde, die sich auf den Boden des Klassenkampfes stellen ohne
Kompromiß mit irgend einer Fraktion der Bourgeoisie.“

Nachdem wurde mit Bezug auf den 19. Jahreskongreß der
französischen Arbeiterpartei, der in der ersten Hälfte des September
in Roubaix stattfinden wird, beschloffen, daß dieser Kongreß „aus-
nahmungsweise allen Gruppen, Föderationen und Organisationen offen
stehen wird, die zusammen mit der französischen Arbeiterpartei den
Entwurf der revolutionär-socialistischen Einigkeit vorbereitet oder
genehmigt haben.“

Man sieht, die Mäandrierung von der Einigung bezw.
von einem gemeinsamen Parteitag und Generalkomitee zur
Spaltung innerhalb der Gesamtpartei macht sich auch innerhalb des
linken Flügels geltend: man denkt da vorläufig bloß an ein
„Verständigungskomitee“ der linksstehenden Organisationen, d. h. an
ein wesentlich platonisches Einigungsbündel. Was aber die Einladung
der nichtguesdistischen Linken zum guesdistischen Kongreß be-
trifft, so bleibt es abzuwarten, ob und inwiefern dieser Einladung,
deren Annahme in den gegebenen Umständen einem Schritt zum
Anschluß an die französische Arbeiterpartei gleichläm, Folge ge-
geben wird.

Jaurès über die Ministerfrage. Der Lyoner Kongreß hat
natürlich Jaurès' Ueberzeugung über die Ministerfrage nicht geändert,
wohl aber ihn veranlaßt, mit Rücksicht auf den Zusammenhalt des
geringsten Teils der Partei jene Ueberzeugung nicht mehr zu be-
stehen lassen. Er schreibt hierüber in der „Petite République“: „Wir
werden nur die eine Sorge haben: uns loyal nach dem Kongreß
beschließen, nach dem Willen der Partei zu richten. Der Kongreß hat
keinen Vornach, keine offene oder versteckte Ausschließung auszusprechen
wollen. Er hat nicht gewollt, durch verpöbelte Aufforderungen
eine Regierungskombination zu brechen, die entstand, ehe die Partei
das neue Problem der socialistischen Ministerfrage geprüft und gelöst
hatte. . . . Aber er hat die Verantwortlichkeit der Partei (für die
Ministerfrage) für gestern, heute und morgen klar anher Frage ge-
stellt. Er hat mehr gethan: er hat sich durch die socialistische
Ministerfrage beunruhigt gezeigt. Er befürchtet offenkundig,

dadurch den Plan der Partei gehemmt zu sehen. . . . Diesem
„mächtigen Gefühl“ der Gesamtpartei müßten nun die
Anderdenkenden, ohne ihre Ueberzeugung aufzugeben, Rechnung
tragen. „Ich beharre im Glauben, daß die Kraft der socialistischen
Partei zu groß ist, um nicht dazu berufen zu sein, schon jetzt einen
Teil der Verantwortlichkeit für die Leitung des für den Socialismus
immer durchdringlicher (permeable) werdenden Staats zu über-
nehmen.“ Aber er erkenne die Gefahr dieser „vielleicht vorzeitigen
und allzu revolutionären These“ für den Zusammenhalt der Partei
an. „So sind wir denn entschlossen, in der anhebenden Periode
des Kampfes der Organisation so zu handeln, als ob
jede Beteiligung des Socialismus an der Regierung endgültig be-
seitigt wäre, als ob das socialistische Proletariat die Verwirklichung
seines Programms nicht von seiner direkten Vethätigung am
ministeriellen Mechanismus zu erwarten hätte, sondern einzig von
dem auf die bürgerlichen Parteien ausgeübten Druck.“

Jaurès meint offenbar das Minimalprogramm des Pro-
letariats, da ja die Verwirklichung des socialistischen Pro-
gramms nicht „einzig“ oder vielmehr gar nicht von dem „Druck“ zu
erwarten ist. Davon aber abgesehen, giebt die Jaurès'sche Erklärung
aus berufsener Feder in wenigen Worten das schärfste Unterscheidungs-
zeichen des „Ministerialismus“ im Gegensatz zur Anschauung des
linken Flügels, die übrigens, wenn auch in verklärter Form, auf
dem Lyoner Kongreß gefaßt hat und von einem großen Teil, wo
nicht von der Mehrheit des sogenannten rechten Flügels geteilt wird,
und zwar infolge der mit der Millerand'schen Ministerkastei gemachten
schlimmen Erfahrungen. Andererseits bekräftigt Jaurès' Erklärung die
in Lyon von links geäußerten Befürchtungen, Briand's Resolution
werde eine neue Zweideutigkeit schaffen. Mit dem principiellesten
„Ministerialismus“ als einer Methode ist es nun vorbei; es bleibt
aber abzuwarten, ob auch der Ministerialismus im Sinne des
Durch-Dünn-und-Dick-Geheus mit dem Ministerium endlich den
Gnadenstoß erhalten hat.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 4. Juni.

Kroßig.

Das Kriegsgericht in Gumbinnen hat die Angeklagten von der
Schuld freigesprochen, den Rittmeister v. Kroßig ermordet zu haben.
Es war ein dürftiges Indizienmaterial, auf das sich die Anklage
stützte, und mit Recht hat das Gericht auch den entdunkelnden
Berliner Polizeimännern nicht so viel Vertrauen geschenkt, um auf
einem Schuldig zu gelangen. Bürgerliche Gerichte haben des öftern
eine minder kriechende Haltung gegenüber Angeklagten der Polizei be-
funden und auf Behauptungen von interessierten Schmeicheleuten schwere
Zuchthausstrafen verhängt. Die Berliner Polizei ist offenbar in
Gumbinnen nicht glücklicher, Mörder zu entdecken, als in Berlin.

Die Verhandlung des Militärgerichts stand völlig unter dem
Zeichen jener „Disciplin“, die durch Zwang und Drill die willenlose
Unterwerfung unter die Autorität des Vorgesetzten zu erzwingen sucht.
Der Soldat thut alles auf und zu Befehl, auch als Zeuge. Der
Präsident fragt einen Zeugen: „Können Sie Gott zum Zeugen an-
rufen?“ Der Zeuge antwortet militärisch starr: „Ja Befehl!“
— eine ungemein charakteristische Wendung angesichts der feierlichen
Befehlsverweigerung Gottes.

In Namen dieser „Disciplin“ wurde auch der Prozeß zu
großem und wichtigem Teil unter Ausschluß der Öffentlichkeit ver-
handelt. Bei allen Erörterungen, bei denen das dienstliche Verhalten
des ermordeten Rittmeisters in Frage kam, wurde die Öffentlichkeit
hermetisch abgeperrt. Niemand begreift, zu welchem Zweck. Der
Prozeß selbst war veranlaßt durch eine That, in der offenbar
die durch die eiserne Disciplin niedergehaltene Empörung
über das Verhalten eines Offiziers sich gewaltsam auf
dem Wege des Verbrechens, des Mordmordes, Bahn
gebrochen hatte. Ein verhaßter Vorgesetzter, dem unweigerlich zu
Willen zu sein die Disciplin nötig, wurde durch einen Mordakt aus
dem Wege geräumt. Um so mehr hätte man Anlaß gehabt, vollen
Einblick in diese Tragödie zu gewähren. Statt dessen blieb alles im
Dunkeln. Die bekannte kaiserliche Kabinettsorder, welche die durch
das neue Militärrecht geschaffene Öffentlichkeit des Verfahrens zum
größten Teil wieder aufhob, zeigt in diesem Prozeß in sehr auf-
fälliger Weise ihre wenig förderlichen Wirkungen. Aus den Berichten
der Gerichtskorrespondenten war es nicht möglich, sich ein Urteil zu
bilden, da an den entscheidenden Stellen unwissenschaftlich verhandelt
wurde; selbst die Plaidoyers des Anklägers und der Verteidiger
wurden im Geheimen verhandelt.

Rat einmal schlüpfte eine Andeutung durch, die ein großes,
vielleicht aberglaubliches Licht warf: Wir hörten, daß das Gehirn des
Ermordeten feiert worden sei und daß sich dabei gewisse Un-
normalitäten ergeben hätten. Daraus muß jeder schließen: Der
Rittmeister Kroßig habe sich dienstlich verhalten, daß man
den Verdacht geistiger Störung gehabt hat. Fälle geisteskranker Offiziere,
die in ihrem Wahne die Untergebenen aufs Blut peinigten, sind ja nicht
minder bekannt geworden, als Fälle wahnsinniger Richter, die das
Recht mißbrauchten, um politische Gegner zu drangsalieren. Aus
jener Annahme geistiger Erkrankung des Rittmeisters Kroßig läßt
sich das Alexschlimmste herausdeuten, und da die Öffentlichkeit
ausgeschlossen war, ist der wildesten Phantasie freier Spielraum
gewährt.

Selbst der konservative „Reichsbote“ bedauert den Ausschluß
der Öffentlichkeit, die „die Phantasie des Publikums provoziert,
sich die Dinge schwärzer anzumalen, als sie in Wirklichkeit sind.“
Und ein höherer Alterer Offizier meint in einer Zuschrift an das
genannte Blatt:

„Das Kriegsgericht hat die bisherigen Angeklagten wegen
mangelnder Beweise freisprechen müssen. Wer aber auch der

Mörder gewesen sein mag, nur aus Rache hat er den Ritt-
meister v. Kroßig niedergeschossen, aus Rache für erlittene Unbill,
für ungerechte, entwürdigende Behandlung. Und keineswegs ist
er hierbei von Wahnvorstellungen irrefleitet worden. Daß der
Erschossene bis zur Ungerechtheit streng gegen
seine Untergebenen gewesen ist, das war nicht nutzlos
Geschwätz in den beiden Garnisonen Stallpönnen und
Gumbinnen, in denen er längere Zeit gestanden hat. . . .
„Also so sind unsere Söhne in unserer Heere auf-
gehoben“, rief mit einem Male die große Zahl der Ent-
täuschten aus. „So können ihre Vorgesetzten sie peinigen, daß
sie in ihrer Verzweiflung das heilige Schweißen nach Rache
nicht mehr zu meistern vermögen und zum Mörder
werden.“ Aber in Wahrheit brauchte sich das deutsche Volk
gar nicht enttäuschen zu lassen. . . . Weil die Handlungsweise des
Ermordeten völlig vereinzelt dasteht, nur deshalb hat sich in
Deutschland die öffentliche Meinung überhaupt mit ihr befaßt.
Daß aber aus dem einzelnen Fall Schlüsse abgeleitet werden
konnten, welche die bisherige gute Meinung über das Verhältnis
unserer Offiziere zu ihren Untergebenen nachhaltig erschüttern
müßten, das war — wir sprechen es offen aus — die
Schuld des Kriegsgerichts. Warum mußte es jedesmal
die Öffentlichkeit von den Verhandlungen
ausschließen, wenn es galt, den Charakter des
Ermordeten zu leugnen? . . . In dem Gum-
biner Fall hätte ihr aber der denkbar weiteste Spielraum
gewährt werden müssen, schon zu dem einen Zweck, die
großen Massen in ihrem Vertrauen zu dem gerechten
Sinn unserer Offiziere zu erhalten. . . . Grade das Gegenteil von
dem, was mit der Ausschließung allem Anschein nach beabsichtigt
worden war; ist erreicht worden. . . . Auch wäre sicherlich
durch eine geringere Beschränkung der Öffentlichkeit allen
denen ihr böses Handwerk gelegt worden, die es auf den
hochangesehenen, mit dem Schwarzen Adlerorden ge-
schmückten Vater zurückführen wollen, wenn der Sohn
jahrenlang an der Spitze einer Schwadron gelassen
wurde, trotzdem alle Welt wußte, wie hart er seine Unter-
gebenen behandelte.“

So der höhere Offizier im konservativen „Reichsbote“! Er
fürchtet die socialdemokratische Ausnutzung des mit so vieler Heim-
lichkeit behandelten Falles. Ein besseres Mittel, die Soldaten gegen
ihre Offiziere aufzuheben, könnte sich — meint er — die Social-
demokratie gar nicht wünschen.

Die Socialdemokratie hat gar kein Interesse daran, die
Soldaten gegen ihre Offiziere aufzuheben. Wir bekämpfen den
Militarismus grundsätzlich und wir bedürfen nicht erst eines
aufregenden Einzelfalles, um zu erkennen, daß das Massen-
und Kasernenheer, das durch eine Zwangsdisciplin zusammengehalten
wird, die aus der Zeit des Südbanerheeres stammt, notwenigerweise
Erscheinungen zeitigen muß, die unvermeidbar sind mit höherer Auf-
fassung von menschlicher Kultur. Freilich, wenn im Rahmen einer
vermeintlichen Disciplin die Möglichkeit öffentlicher Kritik und innerer
Reformen aufgeschlossen wird, dann ist es kein Wunder, daß Zu-
stände entstehen, die auch den Gedankenloseten anfrühteln. In
diesem Sinne mag der Gumbiner Einzelfall in der That als
Wetterglocke dienen, das die Heimlichkeit des Verfahrens, wie der
„Reichsbote“ richtig fühlt, in seiner Wirkung noch gewaltig ver-
stärkt hat. —

Wenn übrigens behauptet wird, der vielfache Ausschluß der
Öffentlichkeit gerade in diesem Prozeß sei auf eine besondere
Anweisung des Kaisers erfolgt, so ist das wohl ein Mißverständnis;
denn die specielle Einwirkung der Krone auf einen besonderen
Prozeß scheint unstatthaft. Das Militärgericht hat sich wohl auf die
bekannte allgemeine Anordnung des Kaisers berufen.

Die zollpolitische Ministerkonferenz ist am Dienstag im
Bundesrats-Saal des Reichsamts des Innern zusammengetreten.
Die Rordd. Wg. Bzg. teilt die Namen der Teilnehmer mit und
bringt eine Begrüßungsansprache des Reichskanzlers, die nur all-
gemeine Wendungen enthält und keinerlei sachliche Ausschlässe giebt.
Ueber den Inhalt der Beratungen selbst soll absolutes Still-
schweigen bewahrt werden. —

Den Agrariern muß alles frommen: Die von uns schon er-
wähnte Eingabe der Kommission des Preussischen Landes-Oconomie-
kollegiums an den preussischen Ministerpräsidenten beschloß sich
nicht nur mit Vorschlägen zu schleuniger Hilfeleistung für die Land-
wirtschaft angesichts der bevorstehenden Misere, sondern gipfelt
schließlich wiederum im Verlangen stark zu sichernder Getreide-
abgabe. Die Eingabe, die vom Vorsitzenden des Kollegiums, Grafen
Schweini-Lowig unterzeichnet ist, sagt:

„Nicht unerwähnt darf schließlich bleiben, daß der letzte amt-
liche Saatensandtsbericht Preußens das Signal für eine rapide
Aufwärtsbewegung der Preise für sämtliche Produkte der
Landwirtschaft hätte bilden müssen, wenn nicht die Preise
für das deutsche Getreide fast ausschließlich vom Auslande
abhängig wären. Infolge des zu geringen Zoll-
schutzes und der dadurch veranlaßten Ueberschwemmung
Deutschlands mit ausländischen landwirtschaftlichen Produkten
wird jedoch selbst dieses erschreckende Bild wenig Eindruck auf die
Preisbewegung zu machen vermögen.“

Wenn sich bewahrheitet, daß Nordamerika thatsächlich
die weiter oben angedeutete große Ernte einbringt, so wird
die preussische Landwirtschaft trotz eines geringfügigen Ernte-
ertrages doch nur sehr niedrige Preise für ihre land-
wirtschaftlichen Produkte erhalten. Es muß sich hieraus geradezu
ein nationales Unglück, d. h. ein Notstand ergeben, der an
sich außerordentliche Hilfe der Staatsregierung notwendig machen
dürfte.

Die ganze Lage des Getreidemarkts und der Umstand, daß
ein so ungeheurer Ernteausfall, wie er gegenwärtig in Deutsch-
land bevorsteht, wegen der immer drohender werdenden aus-
ländischen Konkurrenz fast ohne Einfluß auf die Getreide-
bewerter in Deutschland geblieben ist, sprechen aber
für die Notwendigkeit einer wesentlichen

Erhöhung der Getreidepreise so deutlich, daß, wie ich meine, die Kenntnis dieser Verhältnisse für die königliche Staatsregierung und deren Stellungnahme zum dem Entwurf eines neuen Zolltarifs und die in denselben einzustellenden Getreidezölle nicht ohne Einfluß bleiben kann. Und ich erlaube mir deshalb namens der ständigen Kommission des Landes-Oekonomik-Kollegiums an Euer Excellenz die Bitte zu richten, dafür gütigste Sorge zu tragen zu wollen, daß die tatsächlichen Verhältnisse, wie ich sie in Vorstehendem zum Ausdruck gebracht habe, bei den verbündeten Regierungen die gebührende Würdigung finden mögen.

Die Herren Vertreter der Junkerprivilegien klagen, daß nicht schon jetzt die Preise für die Erzeugnisse in die Höhe gehen, die sie nach mehreren Monaten auf den Markt bringen werden. Wahrscheinlich aber werden die Preise in die Höhe gehen trotz der amerikanischen „Ueberflutung“ und die konsumierende Bevölkerung wird schwer zu leiden haben unter der Verteuerung des Brotes durch den 8,50 Mark-Roll.

Ist die Ernte reich, so fordern die Agrarier erhöhten Zollschutz, unter der Andeutung, daß Deutschland kein fremdes Korn brauche. Ist die Ernte gering und ist das Land auf Einfuhr angewiesen, so fordern sie wiederum Zollserhöhung, auf daß die Preise nicht gehemmt durch irgend welche Konkurrenz steigen.

Zwar läßt die bevorstehende Winternur die eine Folgerung zu: Herabsetzung und Aufhebung jedes Brotzolls, damit die Wirkungen der Verteuerung auf die arbeitenden Klassen wenigstens einigermaßen gemildert werden. In Zeiten der Ernteerhöhung der Preise, das vermag nur innerliche Begehrlichkeit, für die die Gesamtheit nur dazu da ist, den Großgrundbesitzern Hungertribute zu zahlen.

Die Vorgänge auf den jüngsten Gewerkschafts-Kongressen sind den Blättern der Scharfmacherei recht verdächtig. Die „Post“ klagt bitterlich:

Die vielen Kongresse, die zu Pfingsten an verschiedenen Orten des Reiches stattfanden, haben das eine gezeigt, daß die Arbeiterorganisationen mächtig fortschreiten und nach einem Kristallisationspunkte streben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es schließlich zu einem Zusammengehen der verschiedenen Organisationen auf neutraler Grundlage kommt. Die christlichen Gewerkschaften, in denen das katholische Element das Uebergewicht hat, sind grundsätzlich zu einem Zusammengehen mit anderen gewerkschaftlichen Organisationen bereit. Ebenso hat ein Teil der evangelischen Arbeitervereine sich für ein derartiges Hand-in-handgehen erklärt.

Noch trübseliger äußert sich die „Kreuz-Zeitung“:

Mit dieser Wendung der Dinge kann die Socialdemokratie jedenfalls zufrieden sein. Einstweilen hat sie erreicht, was nach der Stellungnahme Debels zur „Neutralisierung“ der Gewerkschaften vor etwa einem Jahre — irgend erwartet werden konnte. Die „Christlichen Arbeiter-Vereine“, evangelische wie katholische, sind ihm richtig „auf den Weim gegangen“, haben sich durch das anscheinend unpolitisch-harmlose „Programm“ der Gewerkschaften über deren wahres Wesen täuschen lassen und sind im Begriff, sich ihnen „brüderlich“ zu nähern — genau so, wie es Debels voraus gesehen hatte.

Zwar nämlich begannen die Arbeiter in den evangelischen und katholischen Organisationen, die sich bisher zu kapitalistischen Zwecken anzuwenden ließen, ihre wirklichen Interessen zu erkennen. Dadurch vollzieht sich naturgemäß eine gewisse Annäherung an die Klassenbewußten freien Gewerkschaften. Immerhin ist die Abständigkeit jener Organisationen noch groß genug, daß der Verdruß der Scharfmacher sich getroßt mähtigen mag.

Flottenagitation in Schulen. Auch die Gymnasialisten sollen dem alleinsehmachtenden Flottenkultus gewonnen werden. Die „Neuesten Nachrichten“ in Eberfeld geben eine Beschreibung des hessischen Darmstädter Kultusministeriums vom April d. J. bekommt, in der verschiedene Flottenkultus-Veranstaltungen für den Unterricht empfohlen werden. Das Kultusministerium in Hesse-Darmstadt scheint übersehen zu haben, daß das Flottenwesen bereits wieder aus der Mode ist.

Kaiser und Kanzler. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt zur Feier der Enthüllung des Bismarck-Denkmals:

Zu der bevorstehenden Feier wird uns übrigens von zuverlässiger Seite als „Sonderbarheit“ mitgeteilt, daß aus dem Programm der mitwirkenden 1000 Schulkinder des Schulkreises von Schulpflicht Dr. Fischer das vierstimmige patriotische Lied „wegen knapper Zeit“ gestrichen worden ist und nunmehr nur die erste Strophe des Liedes „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre“ zu Gehör gebracht werden sollte. Die zweite und letzte Strophe dieses Liedes handelt in folgender Form vom Reichskanzler:

Hör' es unter Deinen Eichen
In dem stillen Sachsenwald,
Bismarck, Deinem Ruhmestage
Janzugend unser Gruß erschall!
Laut und stimmig sei umwoben,
Bismarck, eiserner Held:
Deutsche fürchten Gott nur droben
Und sonst nichts auf dieser Welt!
Heil dem Kaiser, groß und hehr!
Heil dem Reich vom Feind zum Meer.

Gewiß ein politisch unschuldiger Vers. Mit Rücksicht auf gewisse Empfindlichkeiten sind eigens hierfür geschmiedete Verse, die sich mit Bismarcks Thaten lose befassen, von vornherein nach der ersten Lesung im Kreise der an den Vorbereitungen zur Feier beteiligten Berliner Deputierten ausgeschlossen worden. Unser Gewährsmann meint dazu: „Es ist doch etwas Schönes an den Mut eines Volkes, seine toten Helden zu ehren.“ Gewiß! aber vielleicht hat der gestrenge Censor doch das Richtige getroffen. Könnte nicht in unsem Tagen, und namentlich mit Rücksicht auf die Geschichte dieses Bismarck-Denkmal, die Erinnerung gerade an jenes stolze Kanzlerwort, das der Vers herauf beschwört, leicht wie Ironie wirken und den Eindruck des Festes stören?“

Katholische Toleranz.

Die „Düsseldorfer Bürgerzeitung“, die mit dem 1. Juni eingegangen ist, brachte kurz vor ihrem Eingehen folgende Mitteilung: „Seit längerer Zeit befindet sich die Frau des Arbeiters August Fehbender im St. Joseph-Krankenhaus in Düsseldorf. Leider vermochte alle ärztliche Kunst der armen Kranken nicht mehr zu helfen; was war daher natürlicher, daß die Frau das Verlangen aussprach, ihren Mann noch einmal zu sehen. Als jedoch ihr Mann im Krankenhaus erschien, ward ihm von seiten einer Schwester eröffnet, er dürfe nicht zu seiner Frau gelassen werden, da der Kaplan dies verboten habe. Als der Mann, aufs höchste betroffen, den Grund dieses Verbots wissen wollte, erhielt er zur Antwort, er sei mit seiner Frau nicht kirchlich getraut, habe daher auch kein Recht auf sie. Der also Abgewiesene begab sich, nachdem er noch mehrmals vergeblich Einlaß zu erhalten versuchte, in höchster Aufregung zu dem Polizeikommissar seines Bezirks, teilte demselben die ganze Angelegenheit mit und bat ihn um Hilfe. Der Kommissar nahm sich des Mannes in anerkannter Weise an und gab ihm einen Beamten zur Begleitung, um mit dessen Hilfe den Einlaß zu erlangen. Aber auch diesmal beharrten die frommen Schwestern auf ihrer Weigerung, trotzdem der Beamte ihnen die Papiere des Herrn Fehbender vorzeigte und somit ihn als rechtmäßigen Ehegatten legitimierte. Die Schwester erklärte, sie dürfe ihn nicht hineinlassen, der Kaplan Schwippert habe es verboten! Dabei wußte die Schwester, daß die sterbende Frau in ihrer Todesstunde sehr wichtig nach ihrem Manne geschrien hatte! Unberührter Sache mußten die beiden Männer wieder abziehen.“

Am Nachmittag begab Fehbender sich abermals zum St. Joseph-Krankenhaus, wo ihm diesmal von der „guten“ Schwester geöffnet wurde mit dem Bemerkten: „Nun könne er seine Frau sehen, sie wäre schon tot!“

Auf diese Notiz brachte der Kaplan Schwippert folgende „Rechtfertigung“:

Als ich am Abend des 27. Mai cr. nach einem Krankenbesuch das St. Josephs-Krankenhaus verlassen wollte, wurde mir bedeutet, daß eine Frau Fehbender nahe am Sterben sei, woraufhin ich auch diese besuchte, um einige Worte mit ihr zu reden. Bei meinem Eintritt in das Krankenzimmer verließen drei Männer dasselbe. (Fehbender hatte seine Frau oft besucht.)

Als ich nach einigen Augenblicken hinausging, sagte mir eine Schwester, sie habe gerade von einer anderen Krankenschwester gehört, die Frau sei nicht kirchlich getraut. Daraufhin bat ich die Schwester, während ich an der Thür stehen blieb, die Frau hierüber zu befragen und es stellte sich heraus, daß sie zweimal bürgerlich verheiratet gewesen, und zwar nach dem Tode ihres ersten Mannes mit dem H. Fehbender, der von seiner ihm kirchlich angetrauten, noch lebenden Frau geschieden ist. Die Frau wurde von den Schwestern auf das Bedenkliche ihres Zustands aufmerksam gemacht und ihr nahe gelegt, diese Sache noch vor ihrem baldigen Tode zu regeln. Es kommen nun für einen solchen Fall die folgenden kirchlichen Vorschriften zur Anwendung:

1. Kann die Ehe nicht geschlossen werden, so ist die Trennung der beiden Konfubuarier unerlässliche Bedingung für die Erlaubnis der Spendung der Sterbesakramente, es sei denn, daß dieselbe physisch oder moralisch unmöglich wäre (cf. Kölner Pastoralbl. 1890 S. 77). Die Trennung war hier möglich, aber die Ehe konnte nicht geschlossen werden, weil die rechtmäßige Frau des Fehbender noch lebt.

2. Die Sakramente dürfen natürlich nur dann gespendet werden, wenn der Kranke seine Vergangenheit aufrichtig bekennt und ernstlich entschlossen ist, das Eheliche Verhältnis so bald als möglich auch äußerlich aufzugeben (cf. ebendas.). Hierzu hatte die Frau Fehbender sich vorher schon freiwillig bereit erklärt.

3. Ist das Konfubuarium öffentlich, die Trennung der beiden Konfubuarier möglich (wie hier), die Ehescheidung dagegen unmöglich (wie hier), so muß vor Spendung der Sterbesakramente die Trennung verlangt und vollzogen werden.

Wenn die betr. Frau später ihren Entschluß widerrufen und nach dem „Manne“ verlangt haben sollte, so wäre dies im Interesse der Frau jedenfalls zu bedauern. Hierfür kann mich jedenfalls kein Vorwurf treffen, da ich nur gethan, was meine strenge Gewissenspflicht war, wie die obigen kirchlichen Grundsätze von mir verlangen. Man kann einem solchen Vorkommnis nur den Wunsch beifügen, daß Gott seine Kirche vor solchen Katholiken bewahren möge.

Schwippert, Kaplan.

Wie würden die Scheiterhaufen wieder lustig brennen, wenn diese Vertreter der Religion der Nächstenliebe“ noch einmal die gänzliche Herrschaft an sich reißen könnten. —

Ausland.

Die Tortur im Zarreich.

Von zwei Seiten gehen und wiederum authentische Mitteilungen zu, die von wahrhaft bestialischem Grausamkeiten gewisser Polizeibeamten berichten. Da den Freunden und Leidensgefährten der Gemüthlichen und Gemordeten in Rußland selbst keine Möglichkeit gegeben ist, die entsetzlichen Vorkommnisse wenigstens der Öffentlichkeit zu überliefern, so ist es eine Ehrenpflicht der westeuropäischen Presse, die Greuel im Zarreich aufzudecken und zu brandmarken.

Ueber Inquisition im litauischen Gefängnis wird uns berichtet:

Im litauischen Gefängnis, welches von jeher durch seine inquisitorischen Einrichtungen bekannt ist und in welchem als Chef ein früherer Kautschker, namens Hais, walte, hat ein Gymnasiast, Kreier, sein Leben opfern müssen. Mitte März d. J. vorüber im „Vorwärts“ schon berichtet wurde, hat man in Litau unter andern auch zwei Gymnasiasten, Gebrüder Kreier, in politische Angelegenheiten verwickelt und ins Gefängnis gebracht. Dort wurden sie die ersten 10 Tage in ungeheizten Zellen eingesperrt. Während des Verhörs hat man sie wiederholt mit verschiedenen Strafen bedroht, damit sie das zugeben, was man von ihnen verlangt. Den jüngeren zwang man sogar, während eines Verhörs bei der Gendarmerei ein aufregendes Arzneimittel zu trinken. Darauf geriet der Verhaftete in sehr große Aufregung, unterwarf sich zuletzt ein Protokoll, über dessen Inhalt man ihn im Ungewissen ließ. Im Gefängnis wieder zur Besinnung gekommen, hat Kreier, der stets ehrlich und edel gesinnt war, befristet, er hätte seinen Inquisitoren alles zugestanden, was man von ihm verlangte. Um nicht zum Verräter gestempelt zu werden, hat er eine Festschreibung eingezeichnet und mit einer Glasherbe sich den Bauch aufgeschlitten. In diesem hilflosen Zustande hat der Unglückliche, dessen Stöhnen und Hilferufe auch sein Bruder von der benachbarten Zelle aus hörte, einen ganzen Abend zugebracht. Trotz aller Bitten der Mutter wollte die Gendarmerei den Verletzten ihrer Pflege anfangs nicht überlassen und als er schließlich doch ins Krankenhaus gebracht werden mußte, da versuchte auch hier noch der Gendarmerei-Chef Klado, ihn in unerhörtester Weise zu irgend welchen weiteren, Geständnissen zu zwingen.

Nach zehntägigem Leiden, während welcher Zeit noch immer eifrig verhört und protokolliert wurde, verschied der Unglückliche am 11./24. Mai.

Es wäre wünschenswert, daß die gesammte anständige europäische Presse von diesem neuesten Akte russischer Brutalität Kenntnis nähme.

Vom Centralkomitee des „Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Rußland und Polen“ erhalten wir nachstehende Mitteilung:

Die ungläubliche Willkür und Grausamkeit der Zarregierung ist den Lesern des „Vorwärts“ zur Genüge bekannt. Aber es kommen manchmal bei uns Grausamkeiten vor, die das Maß des Möglichen weit überschreiten, wo uns die Thatfache, die sich vor unsem Augen abspielt, als Gebilde einer dickeren Phantasie erscheint und wir uns fragen, ob wir wirklich in Europa leben und bereits das 20. Jahrhundert zu zählen begreifen haben. Solch eine fürchterliche Grausamkeit geschah vor kurzem in Lodz, wo von der Crispolizei ein jüdischer Arbeiter zu Tode gefoltert wurde.

Dies ist der Thatbestand:

Am 9. Mai wurde in Lodz der Bäckergehilfe Jakob Leiser Palkin auf die Anzeige seines Arbeitgebers als politisch „Unzuverlässiger“ arretiert. Er wurde im 1. Polizeirevier in einer Einzelzelle gehalten, wo er bei schauerhafter Behandlung seitens der Polizei fünf Tage hintereinander nichts zu essen und nichts zu trinken bekam.

Als der unglückliche Arbeiter am fünften Tage vor Hunger- und Durstqualen seine Kräfte schwinden sah, kopfte er an die Thür seiner Zelle und schrie seine Hölzer an, ihm etwas Wasser zu geben. Doch die Hölzer rissen sofort die Thür auf, stürzten sich auf ihn und bearbeiteten ihn mit fürchterlichen Schlägen. Die in den Nachbargellen in-

haftierten Genossen teilten uns nachher mit, daß sie anfangs ein unmenliches Geschrei und Stöhnen hörten, allmählich wurde aber die Stimme des Gefolterten schwächer und schließlich verstummte sie ganz: er war tot!

Der Vater des Getöteten, ein Greis, kam mehrmals ins Revier, um zu seinem Sohne zugelassen zu werden, und ihm Nahrungsmittel zu übergeben. Aber er wurde nicht zugelassen. Erst am sechsten Tage, als sein Sohn schon gefoltert war, wurden die Nahrungsmittel angenommen. Auf seine Frage, wo sein Sohn sich befindet, wurde ihm geantwortet, derselbe sei nach Warschau überführt worden. Doch einigen Verhafteten, die die schreckliche Szene angehört hatten, gelang es, dem Greise das Geschehene mitteilen zu lassen. Dieser wandte sich an den Chef der Geübamerie und bat, ihm eine Auskunft über seinen Sohn zu geben. Doch er erhielt eine Antwort, die man sogar im Jansenreich für unmöglich halten sollte: „Es zum Alter von 12 Jahren gehört der Sohn Dir, nach 12 Jahren... und Du hast kein Recht, zu fragen, was wir mit Deinem Sohne gethan haben.“ Der unglückliche Greis begab sich nun zu dem Rabbiner Majel, der ihm nur mitteilen konnte, daß er, der Vorschrift der Polizei treu gehorchend, bereits am 16. den Begräbnisort seines Sohnes unterzeichnet hatte, ohne ihn davon in Kenntnis gesetzt zu haben. Der Greis begab sich weiter an den Vorstand der Verordnungscommission und bat, ihm den Ort zu zeigen, wo sein Sohn begraben wurde, doch auch da erhielt er die Antwort, daß es von der Polizei verboten wäre, ihm diese Auskunft zu geben. Es gelang ihm nur, zu erfahren, daß auf der Leiche seines Sohnes deutliche Spuren von Schlägen zu sehen waren und daß dieselbe in der Nacht des 16. zu Grabe gebracht wurde. Als der Leichenwagen in den Hof des Reviers hineingefahren wurde, war die Strafe streng bewacht und für den Verleher gesperrt. Der Sarg wurde von Soldaten bewacht; verkleidete Säugmänner folgten dem Leichenwagen. Außer diesen Maßregeln, ihr Verbrechen nicht in die Öffentlichkeit geraten zu lassen, verbreitete die Polizei das Gerücht, der Arbeiter habe sich selbst das Leben genommen.

Dieser Vorfall sieht durchaus nicht vereinzelt da, auch ist er nicht ein Produkt eines unglücklichen Zusammentreffens der Umstände; ähnliche Fälle sind auch früher vorgekommen und vor der Wiederholung derselben sind wir durch nichts gesichert. Die Verhafteten werden in ihren Wohnungen, sogar auf den Straßen geschlagen, wobei sich die Polizei durch das Vorhandensein von Zuschauern nicht genieren läßt. Was aber hinter Schloß und Riegel der Gefängnisse geschieht, das erscheint uns aus dem letzten Fall in Lodz. Und nicht nur kein Weg der Vergeltung, sondern es ist uns sogar die Möglichkeit genommen, solche Barbareien der Öffentlichkeit in Rußland zu übergeben.

Oesterreich-Ungarn.

Ministerpräsident v. Körber gegen Erzherzog Franz Ferdinand.

Wien, 4. Juni. Das Abgeordnetenhaus setzte in der gestrigen Abendigung die Beratung des Budgetprovisoriums fort. Der Deutschfortschrittler Groß sprach die Geneigtheit zum nationalen Friedensschlusse aus unter der Voraussetzung, daß die croatische Bevölkerung ihre nationalen Eroberungsgelüste aufgibt. Nachdem der Socialdemokrat Kieger gegen und Treunfels namens des Centrums für das Budgetprovisorium gesprochen hatte, hob Ministerpräsident v. Körber hervor, er werde nicht erlauben, das verfassungsmäßige Leben zu sichern, dem Geleze für und gegen jedermann Geltung zu verschaffen, das Ansehen der Volksvertretung, soweit es an ihm liege, zu mehren und die Verwaltung zeitgemäß, nur wohlwollend und mit Festigkeit zu führen. „Wir werden“, fuhr der Ministerpräsident fort, „niemals gegen das deutsche Volk in Oesterreich, gegen kein Volk dieses Reichs regieren, wir wollen Berechtigte für alle Wähler. Darin erblicken wir unsere politische Ehre, die wir unbesiegt erhalten werden. Ein nationalpolitisches Programm mag wohl hohen Wert für einen national einheitlichen Staat haben, taugt jedoch nicht für ein Reich, dem so viele Nationalitäten angehören, weil es zu einer Spaltung in lauter schwache, einander bekämpfende Teile führen würde. Wir sind zu der Erkenntnis gelangt, daß die gemeinsamen Interessen aller Nationalitäten, ihrer Interessen, materiellen und sozialen Aufgaben zusammengeführt und in den Vordergrund gestellt werden müssen, weil sie ohne Schädigung des nationalen Gedankens die Völker zu verbinden im Stande sind.“ Die Los von Rom-Bewegung berührend, betonte der Ministerpräsident, daß wirklich tiefgreifende, mit ernstlichen Gefahren verbundene Religionsbewegungen anders aufzutreten pflegen. Redner hält es für ausgeschlossen, daß die katholische Kirche in Oesterreich irgendwie bedroht sei oder auch nur bedroht sein könne, ihre Gewalt über die Herzen sei zu groß. Wenn dabei allerdings Angelegenheiten unterlaufe, habe die Staatsverwaltung einzuschreiten, und die Regierung werde es gegebenenfalls daran nicht fehlen lassen. Ein Uebermaß von Polizei erscheine aber bedenklich und überdies bei solchen Bewegungen unwirksam. Die katholische Kirche könne sich ruhig auf ihre Kraft verlassen. Redner setze voraus, daß das patriotische Moment bei allen Parteien volle Berücksichtigung finde. Ueber die budgetären Konsequenzen des Regierungsprogramms erklärte der Ministerpräsident, daß die Regierung ein Deficit in den Staatshaushalt nicht werde einziehen lassen. (Beifall.) Er betonte die Notwendigkeit eines definitiven nationalen Friedensschlusses zwischen den Parteien.

Die Rede des Ministerpräsidenten richtet sich gegen die Erklärungen des Erzherzogs Franz Ferdinand, der die Los von Rom-Bewegung scharf verurteilt hatte.

Frankreich.

Paris, 4. Juni. Es verlautet, der Präsident des Senats werde den Staatsgerichtshof für den 24. Juni einberufen. Er schließt sich der Auffassung an, daß der Proceß Lur-Saluces als eine Fortsetzung des Proceßes von Drouinle und Marcel Habert zu gelten habe. Es wird daher der am 4. September 1899 konstituierte Staatsgerichtshof auch Lur-Saluces abzurteilen haben, und zwar wird der Gerichtshof aus denselben Senatoren wie damals zusammengesetzt sein. Man glaubt, daß die Debatte über das Vereinigegleich nur noch zehn bis zwölf Sitzungen in Anspruch nehmen und bis zum 24. Juni beendet sein wird.

Schweden.

Militarismus. Zu neuen Kasernenbauten bewilligte die zweite Kammer, entsprechend dem Beschluß der ersten Kammer, 3 769 800 Kronen. Die Regierung hatte vier Millionen verlangt; da aber beinahe die Dienstzeit dem Regierungsvorschlag gegenüber vergrößert wurde, hätte man erwarten können, daß auch an den Summen für den Kasernenbau erheblich gespart werden würde und dem entsprechend hätte auch die Kommission nur 1 672 800 Kr. in Vorschlag gebracht. Die zweite Kammer, die offenbar einer Verlängerung der Session durch eine eventuell notwendig werdende gemeinsame Votierung des Reichstags entgegen wollte, stimmte mit 94 gegen 47 Stimmen für den Beschluß der ersten Kammer. Im übrigen haben beide Kammern alle ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben für die Armee und die Flotte dem Kommissionsentwurf entsprechend bewilligt. Stornen wurden die ordentlichen Ausgaben für das Heer von 29 230 034 Kr. auf 33 776 067 Kr. erhöht; die außerordentlichen auf 10 149 800 gegen 8 473 316 Kr. im Vorjahre festgelegt.

Die ordentlichen Ausgaben für die Flotte wurden von 6 852 295 Kr. auf 10 461 682 Kr. erhöht; die außerordentlichen auf 10 813 048 Kr., 2 411 082 weniger als im Vorjahre, festgelegt.

Türkei.

Konstantinopel, 4. Juni. Die türkische Regierung hat den in der Türkei zugelassenen Advokaten unterjocht, vor türkischen Gerichten zu plädieren, falls sie nicht ein Zeugnis einer türkischen Rechtschule besitzen. Die in Konstantinopel ansässigen fremden Advokaten sind zusammengetreten, um sich über gemeinsam zu unternehmende Schritte zu beraten.

Englische Niederlagen.

Die Engländer haben in der letzten Zeit auf dem Kriegsschauplatz in Transvaal anscheinend fortgesetzt empfindliche Schlägen erlitten — was die Schwächigkeit des britischen Kriegssamts erklärt.

Gefecht bei Kalkhevel

geht hervor, daß die Engländer selbst in der Nähe des Hauptquartiers bedrängt sind. „Petit Bleu“ veröffentlicht eine ihm von der Gesandtschaft von Transvaal zugewandene Mitteilung über die in der Nähe von Pretoria stattgehabte Schlacht, in welcher Devers und Breitenbach die Engländer schlugen, sechshundert Gefangene machten und sechs Kanonen erbeuteten. In der Mitteilung der Gesandtschaft heißt es: Der 2. Mai ist das Datum des Berichtes, nicht der Schlacht. Die betreffende Schlacht muß zwischen dem 25. April und 2. Mai stattgefunden haben. In diesen Tagen muß überall heftig gekämpft worden sein. Man hörte deutlich Kanonenschüsse in Pretoria, besonders westlich von Pretoria in Jwartruggen auf dem Wege von Rustenburg nach Waterval und in Kalkhevel, östlich von Pretoria. Der Bericht enthält nur Näheres über den Kampf bei Kalkhevel. Ueber die dortigen Vorgänge wird berichtet, Kommandant Breitenbach mit 150 Mann war von einer großen englischen Truppenabteilung angegriffen worden und schon fast besieg, als General Devers hinzukam. Die Engländer wurden dann unter den bekannten Umständen geschlagen.

Zur Verhütung erklärt gegenüber dem Gerücht, das Kriegssamt habe nicht alle ihm in letzter Zeit vom Kriegsschauplatz in Südafrika zugegangenen Mitteilungen veröffentlicht, das Kriegssamt eine Erklärung, in der es feststellt, daß alle Meldungen, die ihm über die Gefechte der jüngsten Zeit in Südafrika von Lord Kitchener zugegangen seien, auch zur öffentlichen Kenntnis gebracht wurden.

Ueber die Schlacht bei Blaffontein telegraphiert Kitchener vom Dienstage:

Oberst Dixon berichtete, an dem Kampfe bei Blaffontein seien 1450 Engländer mit sieben Geschützen beteiligt gewesen. Die Truppe habe sich auf dem Rücken nach dem Lager bei Blaffontein befunden, als der Feind, gedrückt durch das Terrain, plötzlich das Feuer auf die Nachhut eröffnet habe. Es gelang den Boeren, sich eine Zeit hindurch der Gefährdung zu bemächtigen, als aber die Hauptmacht der englischen Truppen in den Kampf eingriff, wurden die Geschütze wiedergewonnen, der Feind vertrieben und seine Stellung erobert. Auf englischer Seite fielen sechs Offiziere und 51 Mann, sechs Offiziere und 115 Mann wurden verwundet, ein Offizier und 7 Mann werden vermisst. 41 Boeren wurden tot auf dem Schlachtfelde zurückgelassen. Kitchener bemerkt, es seien sofort Verstärkungen nach Blaffontein geschickt worden.

Ein verächtliches Wort zu den „Mißverständnissen“ Kautskys.

1. Ich kann unmöglich an dieser Stelle ganze Auszüge aus meiner Broschüre bringen, die sicher den Beweis führen würden, daß ich immer die tatsächlichen Ansichten bestimmter Zusammenbruchs-theoretiker unter mein kritisches Messer genommen habe. Ich verweise den Genossen Kautsky nur auf die Seiten 8, 9, 19, 31, 38, 41, 42, 49, 50 meiner Broschüre.

2. Ich habe für mich das Recht, mit wissenschaftlichen Hypothesen zu arbeiten, in Anspruch genommen. Die Diskussion der Frage, ob Kautskys oder meine Hypothesen einen höheren Grad von Wahrscheinlichkeit haben, geht über den Rahmen einer Verächtigung hinaus.

3. Genosse Kautsky erhebt gegen mich den Vorwurf, daß ich einen todelastigen Mißbrauch mit Engelschen Citaten getrieben habe. Er schreibt: „Kampffmecher will uns glauben machen, Engels habe von der Hebung der Lage der englischen Arbeiter ebenso günstig gedacht, wie der Schönfärber Rosly und er, Kampffmecher, selbst.“ Ich weiß nicht, mit welchem Recht Kautsky einen ehelichen Forscher wie den Herrn v. Rosly der Schönfärberei beschuldigt. Ich habe ferner durchaus nicht kritisiert die günstigen Meinungen Rosly's über die Hebung der englischen Arbeiterklasse einem Friedrich Engels untergeschoben. Was lasse ich dem Engels jagen?

„Eine dauernde Hebung“, schreibt er 1892 in seinem bekannten Vorwort zu seiner Lage der arbeitenden Massen in England, findet sich nur bei zwei beschäzten Abteilungen der Arbeiterklasse. Davon sind die erste die Fabrikarbeiter. Die gesellschaftliche Feststellung eines, wenigstens verhältnismäßig rationalen Normalarbeitstages zu ihren Gunsten hat ihre Körperkonstitution relativ wieder hergestellt und ihnen eine, noch durch ihre lokale Konzentration verstärkte, moralische Ueberlegenheit gegeben. Ihre Lage ist unzweifelhaft besser als vor 1848... Zweitens die großen Trades-Unions... Die große Masse der Arbeiter steht nach Engels noch auf dem früheren niedrigen Niveau. Das Ostend von London ist noch derselbe ausgedehnte Sumpf von stinkendem Glend und Verwesung. Aber es regt sich wenigstens jetzt in dieser grauenhaften Schmutzflut. Das Erwachen des Ostends läßt die Seele von Friedrich Engels hoch aufbeulen: „Das Ostend hat“, schreibt er, seine harte Verweisung abgeschüttelt, es ist dem Leben wiedergegeben und ist die Heimat des „Neuen Unionismus“ geworden, d. h. der Organisation der großen Masse „ungeleierter“ Arbeiter... Unzweifelhaft haben die Leute des Ostens kolossale Böde gemacht; das thaten aber ihre Vorgänger auch, das thun noch heute die doktrinären Sozialisten, die aber jene die Nase rümpfen. Eine große Klasse wie eine große Nation lernt nie schneller als durch die Folgen ihrer eigenen Zügel. Und trotz aller möglichen Fehler in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft bleibt das Erwachen des Ostens von London eines der größten und fruchtbarsten Ereignisse dieses Jahrhunderts, und froh und stolz bin ich, daß ich es erlebte.“

Nach Engels lasse ich dann den Sozialisten Sidney Webb ausführlich seine Ansichten über die Hebung der englischen Arbeiterklasse entwickeln, und zum Schluß lege ich meinen subjektiven Gesamteindruck von den Schilderungen meiner drei Gewährsmänner in die wohl erwogenen verdächtigen Worte hinein: „Alle diese Thatsachen schreien uns eine fröhliche herzerquickende Aussicht auf ein allmähliches Aufsteigen der gesamten Arbeiterklasse zu eröffnen.“ Wenn sich selbst das Ostend Londons aus dem Schlamm erhebt, zu welcher Höhe kann dann die noch ungeborene Arbeiterklasse allmählich emporsteigen? Hiermit hoffe ich meine Verächtigung schließen zu können. Ich folge gern der Aufforderung Kautskys und gehe zu einer sachlichen Verachtung meiner Grundzüge in den „Sozialistischen Monatsheften“ über. Paul Kampffmecher.

Partei-Nachrichten.

Politikalisches, Gerichtliches usw.
— **Nadelstiche.** Mit Strommännern in Höhe von je 2 M. sind eine Anzahl von Teilnehmern an der Raiser in Delinenz bedacht worden, weil sie als Rinderjäger eine politische Rede mit angehört haben. Einige der Verurteilten behaupten sogar, daß sie von der Festrede gar nichts gehört haben.

— **Ein Weg zur Verringerung.** Vom Schöffengericht in Kolmar i. P. waren im Februar d. J. der Genosse Wendt aus Posen und der Gastwirt Berch aus Kolmar i. P. wegen Vergehens gegen die §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes zu 50 bzw. 20 M. Geldstrafe verurteilt worden. Wendt soll in dem Lokal des Berch anlässlich eines Vergnügens der Porzellanarbeiter eine Rede gehalten haben, die nicht polizeilich gemeldet war. Die Angeklagten hielten sich zu Unrecht verurteilt und legten Verfassung ein mit der Begründung, daß keine öffentlichen Angelegenheiten erörtert worden seien.

Die Strafkammer in Schneidemühl verwarf die Verurteilung beider Angeklagten. Die hohe Strafe für den Genossen Wendt müsse als notwendig erachtet werden, so wurde in dem Urteil ausgeführt, „weil der Angeklagte sich, trotzdem er noch so jung sei, bereits mit den schweren Fragen der Politik beschäftigt, und eine höhere Strafe ihn vielleicht veranlassen wird, den von ihm beschrittenen Weg zu verlassen“.

Das ist ein sehr sonderbarer Grund der Strafverschärfung, daß jemand, der von seinen staatsbürgerlichen Rechten Gebrauch macht und sich mit Politik beschäftigt, einen besonders erschwerenden Grund zu seiner Verurteilung schafft. Die jungen Arbeiter würden danach wohl besser thun, die ostpreussischen Agrarier über die schweren politischen Fragen befinden zu lassen.

— **Eine eigentümliche Maßnahme** beliebt der stellvertretende Vizepräsident des ostpreussischen Städtischen Ragnit. In diesem Ort besteht eine Zastelle des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter. Dieselben werden einzeln nach dem Polizeibureau geladen und darüber vernommen, wie lange sie dem Verbande angehören, ob sie noch länger Mitglied bleiben wollen, wo sie in Arbeit stehen usw. Da die betreffenden Arbeiter meist wenig über die Befugnisse der Polizei unterrichtet sind, so wird dies durchaus unberechtigte Vorgehen gegen die Verbandsmitglieder fast niemals in der gebührenden Weise zurückgewiesen.

Der Verband deutscher Rauchwarenzurichter

hielt am 28. Mai in Lindenau seine siebente Generalversammlung ab, zu der außer den Mitgliedern des Hauptvorstandes noch 28 Delegierte erschienen waren. Der Verband verzeichnete eine Einnahme von 30 764,82 M., dem eine Ausgabe von 30 657,91 M. gegenübersteht.

Zu den Hauptvorstand wird W. Böhm als erster Vorsitzender, Schumacher als dessen Stellvertreter, Ririemann als Kassierer und Rahnert als Schriftführer gewählt. Die noch fehlenden Stellvertreter und Kassierer werden am Orte des Hauptvorstandes gewählt.

Angenommen werden unter andern folgende Anträge:

- 1. Der Verband deutscher Rauchwarenzurichter und Berufs-genossen soll sich als solcher der Generalkommission in Hamburg anschließen.
- 2. Jedes Verbandsmitglied hat jährlich 20 Streichmarken a 50 Pf. bis zum 1. Oktober jedes Jahres zu entnehmen. Wer bis zur Dauer von sechs Monaten anwärts gearbeitet hat und während dieser Zeit keiner ähnlichen Organisation angehört, hat die Beiträge nachzuschulen.
- 3. Betreffend der Werkstelle Gienitz Ww. Schenditz wird beschlossen: Die Sperrung über die Firma wird aufgehoben unter der Bedingung, daß der Tarif voll bezahlt wird. Sollten sich die in der Firma arbeitenden Gehilfen in den Verband melden, so sind dieselben nach § 8 des Statuts zu behandeln.

Von Hamburg liegen folgende Anträge vor:

- 1. Die Generalversammlung erklärt sich im Prinzip mit der Gründung eines Centralverbandes der Kürschner und Zurichter und verwandten Berufsgruppen einverstanden und beauftragt den Hauptvorstand, sich mit den hierzu nötigen Schritten zu befassen.
- 2. Obligatorische Einführung der Fachzeitung.
- 3. Gründung einheitlicher Arbeitsnachweise.

Diese Anträge sollen erst in den einzelnen Filialen vorgelegt werden und giebt die Beratung ein erspriechliches Resultat, so hat eine öffentliche Versammlung oder eine außerordentliche Generalversammlung darüber zu entscheiden.

Betreffend der Raiser wird beschlossen: Die Generalversammlung erklärt, die strikte Durchführung der vollständigen Arbeitsruhe am 1. Mai als eine seiner Hauptaufgaben zu betrachten, bemängelt die Lage Beteiligung eines Teils seiner Mitglieder an der diesjährigen Raiser und beschließt, von jedem Verbandsmitgliede, der dieses Jahr am 1. Mai gearbeitet hat, eine Egitrasteuer von 1 M. zu erheben.

Die Entschädigung der Beamten wird wie folgt festgesetzt: Der Hauptvorstand erhält eine Gratifikation von 50 M., der Kassierer 50 M. und der Schriftführer eine solche von 25 M.

Des weiteren wird beschlossen, 50 M. an die streikenden Cune-walder Weber abzugeben. Als Ort der nächsten Generalversammlung ist die Filiale Weihenfeld in Aussicht genommen.

Der Verbandstag der Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine.

Akt. 3. Juni.
Aus der gestrigen Sitzung tragen wir nach, daß bei der Beratung der Düsseldorf Angelegenheiten ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen wurde, als die beiden Düsseldorf Delegierten gemäß der Rednerliste das Wort erhalten mußten. Sie sind bei der Beratung der Beschwerden gegen den Centralrat also öffentlich nicht zu Wort gekommen.

Von den am Montag vom dem Verbandstag angenommenen Anträgen teilen wir folgenden mit: „Die Verbandsorganisation ist von dem Centralrat mehr als bisher auf die Arbeiterinnen auszubauen.“ Auch soll verurteilt werden, Gewerksvereine der Böttcher und der Lebensmittelbranche ins Leben zu rufen. Ferner lag folgender Antrag der Ortsvereine aus Mülheim am Rhein, Venrath, Düsseldorf, Holthausen, Reuf, Rath und Redaran vor: „Die Stelle des bisherigen Anwalts abzuschaffen und statt dessen einen Generalsekretär aus der Reihe der Verbandsangehörigen anzustellen, der die Oberleitung in der Agitation erhält.“ In der Begründung des Antrags heißt es: „Es ist eine Thatsache, die ihres Gleichen sucht, daß ein Theoretiker, Richterarbeiter, die Oberleitung in einer Arbeiterorganisation führt. In den Arbeiterkreisen giebt es Leute genug, die im stande sind, eine Arbeiterorganisation zu leiten, und zwar besser, als lediglich theoretisch gebildete Leute es können. Wir haben in unfrem Statut einem Theoretiker so weitgehende Vollmachten gegeben, und diese haben sich soweit ausgewachsen, daß man heute bald sagen kann, mit dem Anwalt steht und fällt der Verband. Wenn der Anwalt etwas nicht befürwortet, so gilt es im Voraus für verworfen; dies muß in Zukunft anders werden. Wir führen unser geringes Wachstum zum großen Teil darauf zurück, daß in den Hauptverwaltungen zuviel Bureaucratismus herrscht. So willkommen sind theoretisch gekulte Leute sind, die an der Verbreitung unserer Ideen mitarbeiten wollen, so glauben wir doch nicht, daß es zweckmäßig ist, ihnen einen großen Einfluß auf unsere Verwaltung zu gewähren.“

Ein weiterer Antrag lautet: „Der Verbandstag wolle beschließen, unfrem verehrten Verbandsanwalt Dr. Max Hirsch zu pensionieren, und zwar mit einer Pension von 8000 M. jährlich.“ Die Begründung lautet: „In Anbetracht des hohen Alters und in Anerkennung seiner Verdienste für die Organisation wäre es recht und billig, unfrem verehrten Anwalt in den Ruhestand zu versetzen, da es kein hohes Alter nicht mehr gestattet, die Interessen einer so großen Organisation so zu vertreten, wie es unfre heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern.“ — Beide Anträge wurden durch Uebergang zur Tagesordnung ohne jedes Verurteilung abgelehnt.

Kenntlich sind auch folgende Anträge von Ortsvereinen aus Mannheim, Mülheim a. Rh., M. Gladbach, Schwerte a. d. Ruhr, Venrath, Düsseldorf, Arefeld, Elberfeld, Holthausen, Redaran, Oberbilk, Solingen, Küferthal, Sterkrade, Rubrort, Velbert: „Der Verbandstag beschließt: Als Mitglieder des Centralrats können keine Arbeitgeber und selbständige Geschäftleute gewählt werden.“ — In der Begründung heißt es unter andern: „Es sollte eigentlich selbstverständlich sein, daß in einer Arbeiterorganisation nur praktische Arbeiter oder deren Angehörige in der Hauptleitung thätig sind.“ — Ein Antrag eines Ortsvereins in Derendorf lautet: „Der Verbandstag wolle beschließen, keine Mitglieder in den Centralrat zu wählen, die ein eigenes Geschäft führen, selbstständige Meister sind, oder Gehilfen beschäftigen“; ebenfalls sind für solche, welche während ihrer Amtsperiode ein Geschäft gründen, Neuwahlen vorzunehmen.“

Aus der Beratung ergibt sich, daß vier Arbeitgeber Mitglieder der Hauptleitung sind. Verbandsanwalt Hirsch wendet sich gegen diese Anträge: Sie seien der Ausfluß eines Standpunktes, der nicht in die Gewerksvereine gehört. Die Arbeitgeber fügen doch nicht aus eigener Machtvollkommenheit da, sondern seien von den Arbeitern entsandt. Die Anträge werden abgelehnt.

Der Verbandstag nahm einstimmig folgende Resolution an: 1. Der 14. Verbandstag der Deutschen Gewerksvereine beschließt: Im Einklang mit dem Beschlusse des Magdeburger Verbandstages von 1898 und mit den Resolutionen von Hunderten Protestveranstaltungen der Ortsvereine und Ortsverbände im ganzen Reiche, erklärt sich die Gesamtvertretung von über 90 000 deutschen Arbeitern nochmals mit aller Entschiedenheit für die Aufrechterhaltung der zur Beschäftigung eines großen Teils der Arbeiter notwendigen langfristigen Handelsverträge und gegen jede Erhöhung der die Lebenshaltung der Arbeiter herunterdrückenden Getreidepreise. Der Verbandstag protestiert feierlich gegen diesen Versuch, die Besitzenden auf Kosten der hart arbeitenden Masse des Volks und der Wohlfahrt des Ganzen zu bereichern.“

2. Der 14. Verbandstag usw. richtet an den hohen Bundesrat das dringende Ersuchen, dem vom hohen Reichstage in dritter Beratung angenommenen Gesetze betreffend die Abänderung des Gewerkegerichts-Gesetzes seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen zu wollen, da diese Novelle durch wesentliche Verbesserungen, insbesondere bezüglich der Einigungsämter, die gemeinnützige Wirksamkeit des Gesetzes namentlich im Interesse des sozialen Friedens zu fördern geeignet ist.“

Eine weitere angenommene Resolution empfiehlt die Förderung eines eigenen Verbandshauses in Berlin.

Am 2. Montagmorgen erreichte der Verbandstag, der am Pfingstmontag begonnen hatte, sein Ende. Dr. Hirsch bemerkte zum Schluß: Man habe einen sensationellen und dramatischen Verlauf des Verbandstages erwartet. Auch die Gewerksvereiner selber hätten der Tagung mit Vorzorn entgegen geblickt. Die Gegner hätten eine Katastrophe erwartet und gehofft, der Verbandstag werde ein Verbandsräuberpiel. Nichts von dem sei eingetroffen; zwar habe es heiße Kämpfe gegeben, aber die Sache der deutschen Gewerksvereine gehe neuerstärkt aus den Verhandlungen hervor. — Die Wortführer der oppositionellen Minderheit, auch die Düsseldorf, geben die Erklärungen ab, wonach sie, obgleich sie nicht mit dem Ergebnis des Verbandstages zufrieden seien, sich doch der Mehrheit fügen und für die gemeinsame Sache weiter arbeiten würden.

Der eifrigste Teil der Delegierten schien aber mit dem Ergebnis weniger zufrieden zu sein. In der Sitzung am Sonnabend erklärte der alte Gewerksvereiner Traubert: „Man muß eine volle Woche fast beisammen und haben nicht das geringste Neue geschaffen!“ Dieser Redner brachte gemeinsam mit dem bekannten Mannheimer Gewerksvereinsführer Gleichauf folgenden Antrag ein: „Da bei der Zusammenkunft des Verbandstages jede, auch die geringste Förderung der Organisation ausbleibt, alle Anträge zum Punkte Organisation für erledigt zu erklären.“ Dr. Hirsch nannte den Antrag eine Verhöhnung des Verbandstages; trotzdem stimmten mehr als ein Viertel aller Delegierten dafür. Herr Traubert stellte ferner fest, daß auf dem Verbandstag 82 Proz. Gewerksvereins-Beamtete als Delegierte anwesend seien, und daß diese, wie die namentliche Abstimmung ergiebt, meist gegen die Neuerungen gestimmt haben.

Nach all dem ist klar, daß nicht die Leiter mit dem Kongress zufrieden sein können, sondern die Gegner der Hirsch-Dunderschen Organisationen. Dem der Verbandstag hat ihnen ein mächtiges Agitationsmaterial gegen die Gewerksvereine geliefert; gegen diese wunderlichen Arbeitervereinigungen, die zwar keine Arbeitgeber von der Leitung, wohl aber Arbeiter, sofern sie socialdemokratisch sind, von der Mitgliedschaft ausschließen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Verein der Bauanschläger beschloß in einer am Sonntag abgehaltenen Generalversammlung, die bisher gezahlte Arbeitslosen-Unterstützung von höchstens 12 Mark bis auf weiteres beizubehalten; die Zahlung erfolgt wie bisher Sonnabendmorgens von 2—1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Die Bühnenarbeiter befinden sich mit der Direktion des Neuen Theaters in Lokaldifferenzen und bitten ihre Kollegen, dort vorläufig keine Stellung anzunehmen.

Verband des technischen Bühnenpersonals.

Deutsches Reich.

Das Arbeitersekretariat in Bremen hat über seine erste Geschäftsperiode, die vom 1. März bis 31. Dezember 1900 reicht, einen recht unsoffenden Bericht herausgegeben. Das Bureau wurde in den 10 Monaten von 4406 rat- und hilfsuchenden Personen in Anspruch genommen. Davon erstreckten sich allein 1196 Anfragen auf das Gebiet der Arbeiterversicherung. Auffallend ist auch hier der hohe Prozentsatz der nichtorganisierten Arbeiter, die das Institut in Anspruch genommen haben, ihre Zahl betrug 2107. Die Arbeit wurde von zwei Beamten bewältigt, die allein 757 größere Schriftstücke anfertigten.

Die Gewerkschaften zeigen einen erfreulichen Aufschwung. Während 1896 die Zahl der organisierten Arbeiter 4493 betrug, stieg ihre Zahl 1900 auf 10 297. Mit den Worten von Bremen sind dem Sekretariat 11 614 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter angeschlossen. Zum Schluß enthält der Bericht die socialpolitisch so wertvollen Erhebungen der Fabrikinspektoren über die Frauenarbeit im Gewerbe- und Industriebezirk Bremen. Die Proletäre giebt uns über eine Fülle empfindlicher und nützlicher Arbeit Auskunft und wir können dem Institut nur wünschen, daß es weiter in so erfolgreicher Weise zum Nutzen der Arbeiterklasse seine Thätigkeit entfalten möge.

Im Glasarbeiterstreik in Alenburg. In der Kantine der H. Heyschen Glasfabrik, dem Aufenthaltsort für die Arbeitswilligen, ist es schon wieder einmal zu Schlägereien gekommen. Der Direktor Gwede wurde von den russischen Arbeitswilligen mit Messern bedroht, so daß er sich mit einem Revolver die Gesellschaft vom Leibe halten mußte. Die hiesigen Blätter haben die Geschichte totgeschwiegen. Den arbeitswilligen Messerhelden geschah nichts weiter, als daß sie per Schuß in ihre Heimat pediert wurden. Ausschreitungen seitens der Arbeitswilligen sind gar nicht selten. Der Streik geht ruhig und unverändert weiter, und keiner der Streikenden denkt daran, seinen kämpfenden Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen.

Ueber einen vergeblichen Versuch zur Einführung von Tarifierungsgesellschaften berichtet die „Socialer Praxis“. In der Ketten-industrie zu Gräme i. B. hatten die Fabrikanten bereits zweimal die Löhne reduziert, ohne daß sich die verhältnismäßig gut organisierten Kettenammiende dagegen gewehrt hätten. Ein Kampf um Erhaltung der früheren Löhne erschien den Arbeitern wegen der schlechten Geschäftslage aussichtslos. Als nun im März einer der Ketten-

Werkstätten zum drittenmal Lohnherabsetzungen vornehmen wollte und deshalb die Arbeitsniederlegung in der betreffenden Fabrik erfolgte, da traten die Arbeiter mit dem Vorschlag hervor, die Fabrikanten sollten mit ihnen gemeinsam einen Ausschuss bilden, welcher die Löhne und Arbeitsbedingungen festsetzt, und die Arbeiter würden sich verpflichten, die so festgesetzten Bedingungen bei allen Fabrikanten zur Anerkennung zu bringen. Das Syndikat der Fabrikanten hätte die vereinbarten Löhne bei den Preisfestsetzungen der Fabrikate zu Grunde zu legen, und die Ketten- schiede würden nur in solchen Fabriken arbeiten, welche die vom Syndikat festgesetzten Preise innehalten. Auf diese Weise sollten die Fabrikanten vor einer weiteren Herabdrückung der Preise durch die Konkurrenz und die Arbeiter vor weiteren Lohn- reduktionen geschützt werden. Die Fabrikanten aber waren zu kurz- sichtig, um den auch für sie günstigen Vorschlag der Arbeiter an- zunehmen, sie drohten jeden, der diese Vorschläge unterstützen würde, auch in den nicht vom Streit betroffenen Fabriken, mit der Aussperrung. Die Arbeiter antworteten nun mit dem all- gemeinen Streik, den sie auch nach einer Dauer von 21 Tagen ge- wonnen. So hat die Kurzsichtigkeit der Fabrikanten einen den Frieden und geregelte Verhältnisse verbürgenden Vorschlag vereitelt, ohne daß die Arbeiter in diesem Fall einen Nachteil davon gehabt hätten.

Polizeikampf gegen Streikposten. Fünf streikende Vergolter in Oradow mußten einen kurzen Aufenthalt auf dem Bürgersteig mit Strafen von je 1 M. und 1,40 Kosten büßen, weil sie eine Verkehrsstörung verursacht haben sollten. Von einem Verkehr, der durch das zeitweilige Stehenbleiben eines Menschen gestört werden könnte, ist nun in dem kleinen Orte gar keine Rede. Niemand fähig sich sonst in Oradow behindern, wenn das liebe Vieh der Ackerbürger gelegentlich auf dem Bürgersteig spaziert.

Der Steinereistreik in Braunschweig ist zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Der Ausstand der Tabakarbeiter in Nordhansen dauert fort. Zwar waren, wie bereits mitgeteilt, die Ausständigen bereit, die Vorschläge des Einigungsamts anzunehmen, obgleich dieselben nicht allen Forderungen der Arbeiter entsprachen. Die Fabrikanten dagegen haben den Schiedsspruch abgelehnt und dadurch befördert, daß sie den Frieden nicht wollen. Die Zahl der Ausständigen beträgt gegenwärtig 720. Die Arbeiter werden den Kampf, den ihnen die Hartnäckigkeit der Unternehmer aufzuzwingen hat, energisch fortsetzen. Die Agitationskommission appelliert an die Solidarität der Arbeiterschaft und erwartet namentlich von den Konjunkturern von Kantabäl, daß sie die Nordhäuser Ware nicht kaufen, so lange der Ausstand noch fort dauert.

Die Maler und Anstreicher in Regensburg haben, nachdem die leitende der Organisation gestellten Forderungen unberücksichtigt blieben und eine weitere Verhandlung aussichtslos war, die Arbeit eingestellt. Die hauptsächlichsten Forderungen sind: Zehnstündige Arbeitszeit; 28 Pf. Mindestlohn für Junggelehrten und Anstreicher und 35 Pf. Mindestlohn für Maler. Streikbrecher sind nicht zu verzeihen und Zugang ist bei dem geringen Lohn, der bisher hier gezahlt wird, kaum zu erwarten.

Ausland.

Aus der Schweiz. An den Pfingsttagen waren in Zürich die Vertreter des Parikleger-Verbands versammelt. Sie beschloßen die Einführung eines einheitlichen Tarifs mit 1. März 1903, die Forderung des Achtstundentags, der in die Zeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends fallen soll, die Einführung der Arbeits- lohn-Unterstützung und der Altersversicherung. — Die ebenfalls in Zürich abgehaltene Delegiertenversammlung des Verbands der Maler und Gipfer beschloß die Erhöhung der Wirtshausbeiträge und die Einführung einer Sterbekasse. Als Vorort wurde ebenso wie seitens der Parikleger Zürich gewählt. — Auch die Textilarbeiter hatten Zürich als Generalversammlungsort gewählt. Besuch war die Versammlung von 27 Delegierten, welche ca. 1000 Mitglieder vertreten, in welcher Zahl sich eine erfreuliche Weiterentwicklung des schweizerischen Textilarbeiter-Verbands bekundet. Lebhaftige Debatten veranlaßte auf der Generalversammlung die Statutenrevision. Vorge- schlagen war, im § 1 der Statuten zu bestimmen: „Der Verband bezweckt namentlich die ökonomische Verbesserung der Textilarbeiter, sowie die soziale und politische Freiheit im allgemeinen nach den Prinzipien der Sozialdemokratie.“ Die letzten Worte wurden von den Zentralitätsfreunden, so auch vom Arbeiter- sekretär Grentsch, als inopportun entschieden bekämpft und schließlich das Wort Sozialdemokratie durch „moderne Arbeiter- bewegung“ ersetzt. Die Verbands-Bekanntmachungen sollen in allen Arbeiterblättern, nicht nur in der parteipolitisch neutralen „Arbeiterstimme“ veröffentlicht werden. Von allen Seiten wurden schwere Klagen über die unverhältnismäßige Mißachtung und Um- gebung des Pariklegeres vorgebracht. Als Vorort wurde wiederum Zürich gewählt. — Die Freizeugehilfen in Zürich stellten am Pfingst-Sonntag in allen Geschäften, die ihre Forderungen nicht bewilligt hatten, die Arbeit ein, worauf verschiedene Arbeitgeber nachgaben. — In Arbon am Bodensee sind die Gießer bei der Firma Knöpfel wegen Lohnreduktion in den Streik eingetreten. — Die organisierten Sattlergehilfen in Basel erreichten bei den meisten Meistern durch eine Lohnbewegung den Zehnstundentag, täglichen Minimallohn von 4 Fr., Bezahlung der Ueberstunden und der Sonntagsarbeit. — In Davos stehen die Maler in einer Lohnbewegung.

Streikbrecher-Gewaltthaten. In Arlöf in Schweden, in der Nähe der Bogenfabrik von Köffel, ist es am Pfingstsonntag zu kanakalösen Ausschreitungen gekommen, die zu einem regelrechten Kampf mit der Polizei ausarteten. Die Uebelthäter waren lediglich die Streikbrecher des Herrn Köffel, der weil sich keine anständigen und aufgestellten Arbeiter zu Streikbrecherdiensten hergeben, allerlei Gesindel einstellt.

Als am Pfingstabend gegen 12 Uhr vier Personen auf einem Landweg in der Nähe der Köffelschen Villa standen und miteinander sprachen, wurden sie plötzlich von 30 Streikbrechern überfallen und mißhandelt; einer erhielt 8 Messerstiche, die glücklicherweise nicht gefählich waren, ein anderer eine Kopfwunde. Während des Kampfes wuchs die Zahl der Angreifer auf 50 an. Als die Polizei ankam, zogen sich die Streikbrecher auf den maladamifertigen Weg, der zu Köffels Fabrik führt, zurück und eröffneten von dort ein Steinbombardement gegen die Polizei. Dieser gelang es erst nach Heranzugung von Briten, der Kumulanten Herr zu werden. Nach einer halben Stunde machten diese wiederum einen Ausfall und überfielen fünf Postboten. Nach einem harten Kampf gelang es der Polizei, die Unruhestifter zu überwinden und mehrere von ihnen zu verhaften. Derartige Ueberfälle sind schon eine ganze Reihe von diesen Ehrenmännern verübt worden.

Während Arbeiter aus Köln, die von Köffel engagiert waren, sind, nachdem sie in Arlöf über die Verhältnisse aufgeklärt worden sind, in ihre Heimat zurückgekehrt und warnen nun in der „Rheinischen Zeitung“ die deutschen Arbeiter vor der Reise nach Arlöf.

In neuester Zeit sucht Köffel in Aiga nach Streikbrechern.

In Engls (Belgien) sind 500 Grubenarbeiter in den Ausstand getreten.

Sociales.

Den Hausvatern in Ghana geht es noch schlechter wie den Zwildner Weibern mit 450 M. Jahresverdienst, denn ihr durchschnittliches Jahreseinkommen ist von der Amtshauptmannschaft auf nur 300 M. festgesetzt worden.

Gegen die gewerbsmäßigen Stellenvermittler richtet sich eine Verordnung der bayerischen Regierung. Vom 1. Juli ab sind die Inhaber der Privatbureaus verpflichtet, ihre Vermittlungstätigkeit persönlich und zwar nur in ihren Geschäftslökalen auszuüben. Das Auffuchen von Aufträgen auf Straßen und andern öffentlichen Orten (Kastlökalen, Bahnhöfen, Arbeitsämtern usw.) ist verboten. Nach weiteren Bestimmungen über die Gebühren-Ansprüche etc. wird sodann den Vermittlern unterlagt, mit solchen auswärtigen Vermittlungsgeschäften in Verbindung zu treten, die ihnen von der zuständigen Distriktpolizeibehörde als unzuverlässig bezeichnet werden. Besonders sorgfältige Erhebungen sind erforderlich bei der Vermittlung von Stellen im Ausland an weibliche Personen, um Schädigungen der Stellensuchenden, namentlich in sittlicher Beziehung, fernzuhalten. Für minderjährige weibliche Personen muß außerdem die Zustimmung der Eltern bezw. des Vormundes vorliegen, wenn es sich um die Annahme einer ausländischen Stelle oder einer Beschäftigung im Gastwirts- oder Gewerbe handelt. Die Polizei hat das Recht, den Geschäftsbetrieb der Vermittler zu kontrollieren. Es ist hohe Zeit, daß die Regierung endlich einen Anlauf nimmt, dem Treiben der Stellenvermittler entgegen zu treten. Bereits im Jahre 1898 wurde in dem ersten Jahresbericht des städtischen Arbeitsamts in München ziffernmäßig nachgewiesen, was für Schmarozker- pflanzen speziell die Münchner Privatbureaus sind. Die sozial- demokratische Presse hat das Treiben dieser Herrschaften wiederholt beleuchtet. Nun entschlief sich endlich einmal auch die Regierung, zur Abstellung der längst bekannten himmelschreienden Mißstände etwas zu thun. Die Wirksamkeit der Bestimmungen darf man jedoch keineswegs überhagen und unsre alte Forderung: Verbot jeder privaten Stellenvermittlung wird auch in Zukunft aufrecht zu erhalten sein.

Zählung der nicht der deutschen Sprache mächtigen Arbeiter im Ruhrgebiet. Das Reichs-Versicherungsamt verlangt von den Hüttenwerken im Ruhrgebiet eine Statistik über die in Hütten- werken beschäftigten Arbeiter, welche der deutschen Sprache nicht kundig sind, also weder deutsch sprechen, noch lesen und schreiben können, zwecks Anfertigung von Unfallvorschriften in fremden Sprachen zur Verhütung und Verminderung von Arbeiter-Unfällen. Unser Dortmund-Parteiblatt bemerkt hierzu: Es dürfte dieses sehr angebracht sein, da gerade die meisten Arbeiter in den Hütten- werken polnischer Abstammung und der deutschen Sprache im Sprechen, Lesen und Schreiben überhaupt nicht oder sehr mangelhaft kundig sind; ferner spricht auch noch die hohe Zahl der Unfälle für ein solch dringendes Bedürfnis.

Weniger Ruhezeit für die Arbeiter im Schlächtereigewerbe fordert der Vorstand des Deutschen Fleischerbundes (Wesigender G. Uel, Düsseldorf) in einer Petition an den Reichstag. Während der § 139c der Gewerbe-Ordnung bestimmt, daß in offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Comptoirs und Lagerräumen den Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern nach Be- endigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von 10 Stunden zu gewährt ist, und in Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern die Ruhezeit in offenen Verkaufsstellen, in denen zwei oder mehr Gehilfen und Lehrlinge beschäftigt werden, für diese mindestens 11 Stunden betragen muß, verlangt der arbeitser- freundliche Verband für das Schlächtereigewerbe eine Ausnahme von dieser Bestimmung des § 139c.

Zur Begründung dieser Petition wird u. a. ausgeführt, daß in dem Schlächtereigewerbe zwischen 11 Uhr morgens und 5 Uhr nach- mittags stiller Geschäftsgang und in den Stunden zwischen 1 und 4 Uhr nachmittags in den meisten Geschäften „fast nichts“ zu thun sei.

Die Schlächtermeister mühten es als eine große Härte anzu- sehen, daß es ihnen nicht gestattet sein soll, ihr Personal in diesen Haupt- geschäftsstunden des Betriebes zu beschäftigen. Dabur, daß die Ladenbediensteten mit wenig Ausnahmen im Hause der Schlächter- meister wohnen und speisen, also zur Familie gehören, wären sie vieler Arbeit enthoben, welche Gleichgestellte anderer Branchen in ihrer freien Zeit zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse vorzunehmen haben, da diese Arbeiten alle im Haushalte des Geschäftsinhabers mit besorgt würden. Unter diesen Umständen hätten im Schlächter- gewerbe 9 Stunden ununterbrochene Ruhezeit „zum mindesten“ sowie zu bedeuten, wie in andern Geschäftszweigen 11 Stunden.

„Wie geben und deshalb“ — so heißt es am Schlusse der Petition — „der Hoffnung hin, daß unter diesen Erwägungen für unser Gewerbe neun Stunden ununterbrochene Ruhezeit nach Be- endigung der täglichen Arbeitszeit als ausreichend erachtet werden und bitten den hohen Reichstag aus vorstehend erörterten Gründen im § 139c die Ausnahmerebestimmung anzunehmen, daß im Fleischer- gewerbe für das im Haushalte wohnende und speisende Personal eine 9stündige ununterbrochene Ruhezeit als ausreichend erachtet werde.“

So sind die menschenfreundlichen Schlächtermeister, welche von den Wählermeistern gelernt haben, ihren Hausknechten neue Pflichten anzulegen, ein Verbrechen, bei dem ihnen der Reichstag hoffentlich nicht zu Hilfe kommen wird. Das patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmern im Schlächtereigewerbe findet durch diese Petition übrigens eine recht eigentümliche Belohnung.

Zum Leipziger Wertestreich wird berichtet: Der ärztliche Bezirksverein Leipzig-Land hat den zur Zeit bei allen übrigen Kasernen zu Recht bestehenden Vertrag während des Ausstands der Kasernenärzte nach Leipzig zugezogenen Ärzten nicht genehmigt, diesen vielmehr aufgegeben, der Orts-Krankenkasse nach der Minimal- tages zu liquidieren. Weiter hat der Ehrenrat des ärztlichen Bezirks- vereins Leipzig-Land zwei Ärzte wegen handlungsunwürdigen Ver- haltens während des Konflikts mit der Orts-Krankenkasse zu je 1500 M. Geldstrafe und Aberkennung des Wahlrechts auf fünf Jahre verurteilt.

China.

Die Kulturtruppen unter einander.

Der chinesische Feldzug schließt würdig mit einer Schlacht ab, die die vereinigten Kulturtruppen gegen einander lieferten. Anlaß dazu gab augenscheinlich der Sturm auf ein Haus, in dem die Soldaten Chinesinnen suchten. Das gestern bereits mitgeteilte offiziöse Telegramm ließ die Rolle, die die Deutschen bei dieser Affaire spielten, abseits im unklaren, verriet aber immerhin, daß auch unsre Soldaten nicht gerade rühmlich in dieser Sache verwickelt waren. Das Telegramm des Wolffschen Bureaus berichtete, daß die Franzosen die Schuldigen waren, daß die Engländer eingriffen und die deutsche Polizei den Eng- ländern „pflichtgemäß“ Hilfe geleistet hätte. Wie es heiße, seien aber auch einige deutsche Soldaten den Vordellstürmern zu Hilfe gekommen.

Klarer ließ ein Telegramm des Bureau Reuters bliden, das folgenden Sachverhalt mitteilt:

In Tientsin fand ein ernstes Kräfteln in der Zulustraße statt. Einige Walliser Jäger, welche Polizeidienste verrichteten, wurden, als sie einige französische Soldaten am Ein- brechen in ein Haus verhindern wollten, mit Bajonetten und Piegeln angegriffen. Die Engländer feuerten in der Notwehr in die Luft, dies brachte eine Anzahl Deutscher zum Bei- stande der Franzosen zur Stelle, zusammen über 200 Mann. Schließlich eröffneten fünf von den Walliser Jägern das Feuer; sie töteten einen der französischen Soldaten und verwundeten drei derselben sowie fünf Deutsche, vier Walliser Jäger und ein Japaner wurden leicht verwundet, der Kräftel wurde durch An- kunft eines deutschen Offiziers mit starker Wachabteilung beendet.

Man kann aus diesem internationalen Zwischenfall erkennen, wie die europäischen Truppen mit den Chinesen umgegangen sein mögen.

wenn sie untereinander in dieser Weise „kämpften“. Der Geist der Gunnenbriefe atmet aus dem nächtlichen Gefecht in der „civitas derächtigen“ Zulustraße.

Waldersee's letzte That.

Das Mißgeschick, das Waldersee's Rufm von Anfang an verfolgt hat, will es, daß es die letzte That des Weltmarschalls sein muß, den unsauberen Handel in der etwas verächtlichen Zulustraße, wie Wolff telegraphiert, zu schlichten. Der Graf hat in Tientsin seine Reise nach Japan unterbrochen, um erst den neuesten internationalen Streifzug zu schlichten.

Englische Stimmen.

Es klingt wie blutiger Hohn, wenn der Londoner „Standard“ in jener groben Schmeichelei, mit der seit einiger Zeit ein Teil der englischen Presse die Intelligenz und den Charakter unsrer „maßgebenden Kreise“ beleidigt, schreibt:

„So bedauerndwert die letzte Ruhestörung in Tientsin auch ist, so kann sie doch dazu dienen, Europa daran zu erinnern, wie sehr es dem ausgezeichneten alten Soldaten verpflichtet ist, dem es, allen furchtbaren Schwierigkeiten zum Troz, gelang, die vorhandene Reibung auf ein Mindestmaß zu verringern. Der Bericht von den guten Diensten des deutschen Offiziers, der durch ein raides Ein- schreiten die Ruhestörung beendet, ließ sich wie ein Gleichnis der von dem Feldmarschall geleisteten Dienste. Wir dürfen aus unsrer Anerkennung des Wertes der deutschen Hegemonie in Peking noch weitere Ausdehnung geben. Ein- oder zweimal haben die Einflüsse politischer Intrigue zu so gespannten und so kritischen Beziehungen geführt, daß eine außerordentliche Ausübung der ruhestiftenden Autorität des Grafen Waldersee von Köten war, um einen ernstlichen Bruch abzuwenden.“

Und diese geradezu provozierende Schmeichelei aus Anlaß der Vordellschlacht in der „civitas derächtigen“ Zulustraße.

Auf der andern Seite gefällt sich die „Times“ in scharfen Ausfällen gegen den Grafen Waldersee, der das englische Kontingent wie eine deutsche Truppe behandelt habe. Die englische Regierung habe dem Grafen Waldersee die eigene Auslegung seiner Machtbefugnisse überlassen. Franzosen, Amerikaner, Russen und Japaner hätten dagegen ihre Truppen seiner Kontrolle entzogen. Das Resultat sei gewesen, daß das britische Kontingent, welches das größte von allen war, die einzige nichtdeutsche Truppe unter Waldersee's Oberbefehl blieb. Verschiedentlich hätten die Deutschen sogar von englischen Offizieren mit den Chinesen ab- geschlossene Verträge außer Kraft gesetzt.

Die Kriegentschädigung.

Laut einer Meldung der „Times“ aus Shanghai verlautet dort, der Gouverneur der Provinz habe von Singanfu die Mitteilung erhalten, daß der auf seine Provinz entfallende Beitrag zur Zahlung der Kriegentschädigung drei Millionen Taels betrage. Es bleibe ihm überlassen, zu sehen, wie er das Geld beschaffe. Das Blatt bemerkt hierzu, wenn eine solche Bestimmung erlassen sei, könne man mit Sicherheit auf eine bedeutende Erhöhung der Einfuhrzölle für nach dem chinesischen Hinterlande bestimmte Waren rechnen, und das würde zu einer wahren Zerrüttung des Handels führen.

Das sind die handelspolitischen Wirkungen der Westpolitik mit Kanonen.

Die Franzosen in Jünnen.

Im französischen Ministerrat teilte der Minister des Aeußeren Delcassé eine Depesche des Konsuls Franzois vom 2. Juni mit, in welcher dieser seine Ankunft in Jünnen anzeigt, wo er von dem Viceroi und den Civil- und Militärbehörden begrüßt wurde; auch die Bevölkerung bereite ihm einen ausgezeichneten Empfang, so daß Hoffnung auf einen Erfolg der zugestandenen industriellen Unternehmungen vorhanden sei.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Breslau, 4. Juni. (B. L. B.) Während des gestrigen Gewitters schlug der Blitz in die aus dem Anfang des 16. Jahrhunderts stammende katholische Pfarrkirche zu Rydlowitz ein. Die Kirche wurde völlig eingestürzt.

Wien, 4. Juni. (B. S.) Aus allen Teilen der Monarchie werden starke Gewitter verbunden mit Hagelschlag gemeldet, welche großen Schaden angerichtet haben.

Budapest, 4. Juni. (B. L. B.) (Künstlicher Saatenstands-Bericht.) Seit dem letzten Bericht herrscht unglücklicher Wetter, welches Hoff auf Folge hat, der sich in den unteren Wältern des Weizens rapid zu verbreiten beginnt. Man befürchtet mit Recht, daß wenn nicht bald günstigeres Wetter eintritt, die diesjährige Ernte bedeutend schwächer sein wird, als die vorjährige. Winter- weizen ist bisher etwas unglücklicher als im Vorjahre, Roggen schwachmittel, Wintergerste mittel, Sommergerste schwachmittel, be- darf dringend ausgiebigen Regens, Hafer schwachmittel. Einzelne Gegenden klagen über Mott.

Budapest, 4. Juni. (B. L. B.) Heute nachmittag ging über die Stadt Veretz und deren Umgebung ein einstuändiger mit Hagel verbundener Wolkendruck nieder. Das Wasser drang in mehr als hundert Häuser ein und schwemmte mehrere Brücken fort. Durch den Hagel wurden die Saaten sowie Obst- und Weingärten verwüstet. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Belgrad, 4. Juni. (Meldung der Wiener Agl. Tel.-Korr.) Die serbische Regierung hat wegen neuerlicher am 1. Juni bei dem Wächterhause Arina-Tichula und am 3. Juni bei dem serbischen Dorfe Trebinje durch Albanen verübte Grenzverletzungen, bei welchen zwei serbische Soldaten getötet wurden, in Konstantinopel mit dem Bemerken Protest erhoben, daß sie entschlossen sei, zu Repressalien zu schreiten, falls detartige Vorfälle an der Grenze von türkischer Seite kein Ende gemacht werde.

Paris, 4. Juni. (B. L. B.) Die Budgetkommission der Deputiertenkammer hat mit 17 gegen 13 Stimmen den Antrag angenommen, wonach die Einkommensteuer im Prinzip in das Budget für 1903 aufgenommen werden soll.

Brüssel, 4. Juni. (B. L. B.) Wie die „Independance Belge“ meldet, habe der Ministerrat beschlossen, die Frist zur Uebernahme des Kongostaates auf 10 Jahre festzusetzen. Die Frage der Ueber- nahme der Eisenbahn sei nicht verhandelt worden.

Stockholm, 4. Juni. (B. L. B.) Die Session des Reichstags ist heute durch den König geschlossen worden.

Kapstadt, 4. Juni. (B. L. B.) Nach der amtlichen Bekannt- gabe über die Lage in der Kapkolonie hat Armbing's Kommando, durch einige andre Voercedercommandos verstärkt, mit im ganzen etwa 700 Mann die Bahnlinie südlich von Stormberg überschritten. Die Boeren wurden bei Molten zurück- geschlagen und greifen jetzt Jamestown an. Ein andres Kommando steht südlich von Ventersdorp; zu demselben stießen neuer- dings 100 vermutlich von Engham befehligte Boeren, die den Oranje-Fluss bei der Vredel-Trift und die Bahnlinie bei Katerlang überschritten. Außerdem befinden sich kleine Kommandos in den Bezirken Ficksriver und Marraiburg.

New York, 4. Juni. (B. L. B.) In einer Grube bei Iron Mountain (Michigan) ereignete sich durch unglücklichen Zufall eine Dynamitexplosion. Durch die infolge derselben entstandenen Gase wurden acht polnische und italienische Arbeiter getötet.

Washington, 4. Juni. (Weid. d. West. Eur.) Das Kabinett hat entschieden, daß keine Notwendigkeit für eine besondere Tagung des Kongresses vorhanden ist. Der Sekretär Mac Kintere, der diesen Beschluß bekannt gab, sagte, der Präsident habe Entscheidung dahin getroffen, daß die bestehende Lage es weder erforderlich mache noch rechtserföge, den Kongreß im Sommer einzuberufen oder in der bisher bezüglichen der Philippinen besetzten Politik irgend einen Wechsel einzutreten zu lassen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Vom Liebknecht-Denkmal. Die Sammlungen zum Denkmal-Fonds sind nunmehr abgeschlossen. Etwa noch ausstehende Gelder wolle man bis Ende dieses Monats an die Vertrauensleute abliefern...

Zur Lokalliste. Den Mitgliedern der Lokalkommissionen Berlins und der Umgegend zur Nachricht, daß am Sonntag, den 16. Juni, die nächste Lokalliste erscheint...

Zweiter Wahlkreis. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß das zum Sonntag, den 8. September, in den Räumen der Berliner Hofbrauerei, Tempelhofer Berg angelegte Sommerfest nicht stattfinden kann...

Ober-Schöneweide. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Töpfer-Straße 5, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt, in der die Frage der Errichtung eines Gewerbergerichts auf Tagesordnung steht.

Lokales.

Aus den Berliner Konsumvereinen erhalten wir folgende Zuschrift: „Den Gewerkschaften, zu denen die Genossenschaften eine notwendige Ergänzung bilden müssen, stehen diese in Berlin und Umgegend noch recht schwach gegenüber.“

Die Leistungen der Berliner Genossenschaften belaufen sich, nach dem Umsatz bemessen, auf 75 000 M. monatlich. Im Jahre wären das 900 000 M., so daß selbst bei einer mäßigen Dividende von nur 4 Proz. bereits 36 000 M. unter die Mitglieder zur Verteilung kämen.

Für die Reichshauptstadt ist dies Resultat durchaus noch nicht rühmendwert, namentlich wenn man sie mit den Leistungen etwa der sächsischen Konsumvereine vergleicht.

Einen großen Teil der Schuld, daß die Fortschritte nicht rascher sind, müssen wir in der großen Kräftezerplitterung finden, die hier statt hat. Berlin-Nord, Berlin-Süd, Schöneberg etc., überall ein Kleinstes Vereinchen, dem die werdende Kraft eines großen Centralvereins fehlt.

Ueber die künftigen Hochbahnzüge teilte der Direktor der Aktiengesellschaft Siemens u. Halske, Regierungs- u. Baumeister Schwieger, in der letzten Sitzung des Vereins deutscher Ingenieure folgendes mit: Auf der elektrischen Stadtbahn werden vorläufig 21 Züge verkehren, deren jeder aus drei zwölf Meter langen, auf Drehgestellen ruhenden Wagen bestehen wird.

Einkende Flottenbegeisterung. Im vorigen Jahre hatten Beamte in den Vorständen der Berliner Flottenbegeisterung bei den Angehörigen und Arbeitern des Unternehmens zu erregen versucht. Die Mehrzahl der Arbeiter verhielt sich von vornherein ablehnend.

Das Richard Wagner-Denkmal. Zur Entscheidung über die eingegangenen Entwürfe zum Richard Wagner-Denkmal in Berlin (zusammen 71) versammelte sich am 12. d. M. vormittags 10 Uhr das aus 25 Mitgliedern bestehende internationale Preisrichterkollegium,

zu denen noch die Herren Frey Stahl, Professor v. Neuhof und Direktor Angelo Reumann neu hinzugezogen sind, im Künstlerhaufe, Bellevoüestraße 8, zu einer konstituierenden Sitzung.

Die königliche Oper und ihr Chorpersonal. Ein seltsames Verhalten der General-Intendantur der königlichen Schauspiele hat zu einem Rechtsstreit Veranlassung gegeben. Es wird uns über die bestreudliche Affaire von sonst gut unterrichteter Seite folgendes gemeldet: Im April dieses Jahres suchten Theater-Agenten 46 Choristinnen und Chorjäger für das hiesige Neue königliche Opernhaus (Kroll). Den größten Teil der Gesuchten fanden sie in Berlin selbst, indem sie Sänger und Sängerinnen von hiesigen Bühnen wegengagierten.

Am 31. Mai aber ließ der Hilfsregisseur Braunschweig alle Schauspieler nach der Vorstellung auf der Bühne zusammenkommen und eröffnete ihnen im Namen der General-Intendantur, daß diese durch den schlechten Geschäftsgang genötigt sei, das ganze Personal am letzten Juni zu entlassen. Gestützt auf ihren Vertrag fragten nun die Damen und Herren, wie es denn mit der Gage für den Monat Juni stehe.

In religiösem Wahnsinn hatte sich am Dienstag voriger Woche das dem Baptistenlauben ergebene Dienstmädchen Martha Henselin aus der Wohnung der Dienstherrin Langestr. 16 entfernt, um sich das Leben zu nehmen. Die Kraule ist noch lebend wiedergefunden worden. Eine Frau hörte im Keller der Dienstherrin, der Kaufmann Arzischen Eheleute, ein Stöhnen. Als man nun näher zusah, fand man den Keller von innen verriegelt und die Vermählte in einer Ecke auf dem Fußboden liegen.

Die Untersuchung gegen Schlutt und Genossen ist immer noch nicht abgeschlossen. Da es gegenüber dem Delinquantenmaterial kein Entrinnen mehr giebt, so räumt die Wunde jetzt alles ein. Die Diebstähle sind aber so zahlreich, daß sich die Spitzbuben selbst nicht aller mehr erinnern.

Durch Verordnung des Polizeipräsidenten vom 15. April dieses Jahres sind, wie damals gemeldet wurde, über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen für den Landespolizei-Bezirk Berlin neue eingehende Bestimmungen erlassen worden, die vom 15. Juni dieses Jahres an in Kraft treten.

Spucknäpfe in Schulen. Auf Grund des Runderlasses des Unterrichtsministeriums zur Bekämpfung der Tuberkulose hat nunmehr die städtische Schuldeputation beschlossen, Wasserspucknäpfe für sämtliche Klassen, Korridore und Flure aller Gemeindeschulen zu beschaffen und die Lieferung den sächsischen Emailier- und Stanzwerten übertragen.

Taschendiebstahl. Am Sonntagabend um 9 1/2 Uhr wurde einem jungen Mädchen bei der Einfahrt in die Untergrundbahn zu Treptow das Portemonnaie aus der Tasche entwendet. Die Bestohlene merkte alsbald den Verlust und zeigte ihn dem Schaffner an. Eine Dame, die hinter ihr gestanden hatte, bezeichnete zwei junge Burken, die sich eben entfernten, als die Diebe.

Das Arbeitsprogramm des internationalen Feuerwerkskongresses ist nunmehr definitiv festgestellt. Am ersten Kongreßtag referieren Landes-Feuerwerks-Inspektor Alexander-Euwigart, Kommandant Cezier-Creil (Frankreich), Architekt Edwin O. Sachs-London und der Kommandant der belgischen Sapeurs pompiers Weiss.

Artistenheim. Der Vorschlag, den längst in einer Sitzung der Vorstehende der neu gegründeten „Internationalen Artisten-Loge“, Herr Henry de Bry machte, daß vor längerer Zeit geschaffene „Artistenheim“ nach einem Vororte Berlins zu verlegen, scheint Aussicht auf Erfüllung zu haben.

Weg ist dazu außersehen, wo künftig invalide Artisten von den Gefahren und Strapazen ihres Berufs ausruhen sollen. Der Verlag der in Berlin erscheinenden „Internationalen Artisten-Zeitung“ will zu diesem braven Zweck die Summe von 1000 M. spenden.

Im Fieberwahn aus dem Fenster gesprungen ist der sechs Jahre alte Sohn Karl des Arbeiters Fuchs aus der Müllerstraße 32a. Frau Fuchs ist seit zwei Jahren von ihrem Manne verlassen und wohnt mit ihren drei Kindern im zweiten Stock des Seitenflügels.

Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge, bei welchem zehn Personen oder weniger schwer verletzt und sechs Straßenbahnwagen zertrümmert oder beschädigt wurden, ist, wie erst jetzt bekannt wird, am Sonntag in dem Nachbarort Tegelen erfolgt.

Die Ringkämpfe auf der Lab-Rennbahn Kurfürstendamm haben plötzlich aufgehört. Die Direktion des Unternehmens teilt mit, daß sie sich veranlaßt sehe, die Ringkämpfe abzugeben, da diese Veranhaltung beim Publikum keine Unterstüßung gefunden habe.

Die Meisterschaften der Welt im Radfahren, und zwar über 2 Kilometer und 100 Kilometer für Berufsfahrer und über 3 Kilometer und 100 Kilometer für Herrenfahrer kommen belanlich in diesem Jahre in Berlin zum Austrag. Sie finden aber nicht, wie anfänglich beabsichtigt, auf der Radrennbahn Kurfürstendamm, sondern im Sportpark Friedenau statt.

Eine öffentliche Dienstaboten-Versammlung, welche die Beachtung der Parteigenossinnen und Genossen verdient, findet heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in Cohns Festsaal, Deutschstr. 20, statt. Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Feuerbericht. Im Prinzessinnen-Palais in der Oberwallstr. 1 entstand Dienstagnachmittag gegen 5 Uhr ein Gardinenbrand. Die bei allen königlichen Gebäuden, so wurde auch hier sofort „Mittelfeuer“ gemeldet, so daß etwa ein Dutzend Löschzüge herbeieilten. Sie traten indes nicht in Tätigkeit, da bei ihrer Ankunft die Gefahr bereits beseitigt war.

Aus den Nachbarorten. Schöneberg. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte sich am Montag in erster Reihe wieder mit einer Nachbewilligung von Provinzial-Abgaben zu beschäftigen.

Am 29. April hatten die Stadtverordneten den Magistrat um Angabe der von der Polizeidirektion gemachten und vom Magistrat bereits genehmigten Änderungen der Straßenpolizei-Ordnung ersucht. Trotzdem die zur Durchsicht eingeleitete Kommission durch den Magistrat bei der Polizeidirektion „großes Entgegenkommen und Berücksichtigung berechtigter Wünsche“ (?) gefunden haben sollte, mußte doch von verschiedenen Seiten zugegeben werden, daß diese Änderungen nur neue Belastungen für den kleinen Gewerbetreibenden und den ruhigen Bürger darstellen.

Nach der Mitteilung des Magistrats sind bei der neuerrichteten Gemeindeschule am Platz F. in der Rubensstraße (Friedenauer Ortsteil) die Bade-Einrichtungen erst für die folgenden Anbauten vorgezogen, deren Herstellung immerhin noch eine Zeitlang dauern dürfte. W. a. f. (Soe.) bemängelte, daß nicht gleich von Anfang an die Badegelegenheit errichtet sei.

Wenn ein notarieller oder gerichtlicher Grundbesitz vorliegt, so ist nicht weiter erforderlich, als das Sie unter Ueberreichung deselben und der Steuer-Urkunde Eintragung Ihres Anteils in gerichtlichen Protokoll beantragen. Wollen Sie nicht Mitteilhaber bleiben, und können Sie sich — was Sie schon mit Rücksicht auf die Kosten thun sollten — nicht einigen, so steht jedem Mitteilhaber frei, den Zwangsverkauf teilsweise...

halber bei Gericht zu beantragen. — R. 100, Rüdorf. Ja. (Arbeiterzeitung S. 327). — W. 160. Als Verein könnten Sie nicht fagen; es können nur sämtliche Mitglieder des Vereins oder, falls die Satzung des Vereins dies zuläßt, der Vorsitzende oder wer sonst dort zur Vertretung des Vereins bestimmt ist, fagen. Für den letzteren Fall thut der durch Statut Ermächtigte gut, sich nicht im Stadium als Vertreter des Vereins zu bezeichnen.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Grabowee. Zur Empfangnahme von Frei-Exemplaren wollen sich nur solche Patienten melden, die vorabständig während des ganzen Bistabjahres in der Heilstätte bleiben, da es nicht zulässig ist, Frei-Exemplare an andre Personen weiter zu überweisen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
zu kleinen Preisen:
„Malerische Wanderungen durch die Mark Brandenburg“.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz. Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.

Verband der Bau-, Erd- und gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Berlin I.
Am Sonntag, den 2. Juni, ford unter altes Mitglied, der Kollege **Ferdinand Geitner.**
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Andreaskirchhofs in Wilhelmsherg aus statt. Um rege Beteiligung ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Socialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Donnerstag, den 6. Juni 1901, abends 8 1/2 Uhr:
Öffentliche Versammlung in den Johannissälen, Johannistr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Am Ende des wirtschaftlichen Aufschwunges.
Referent: Genosse **Johannes Sassenbach.**
2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig. Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Theater.
Mittwoch, den 5. Juni.
Cyrenhand. Cavalleria rusticana. Rosenbrödel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Doktor Klaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Kamisch Angst. Anf. 8 Uhr.
Schiller. Das Gefängnis. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Zwillingsschwester. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kessing. Ein Blümmel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Vertiirer. Ueber unsre Kraft. (1. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Residens. Leontines Geheimnis. Vorher: Terentia. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Gastspiel des Schillertheaters. Opern- u. Theaterstücke. Ende der Welt. Anfang 8 Uhr.
Welten. Die schöne Ungarin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionsbühne. Buntes Theater: Ueberdrei. Anf. 8 Uhr.
Thalia. Gastspiel der Deutschen Genossenschaft. Bühne: Frau Eva. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Geschlossen.
Carl Weich. Sie weiß etwas. Anfang 8 Uhr.
Welle. Alliance. Auftreten der edlen Geisha u. Truppe. Die Schwäbin. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Frau Yuna. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage. Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Passage-Theater. Damen-King-Kämpfe. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Urania. Tausend. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr. Zu kleinen Preisen: Malerische Wanderungen durch die Mark Brandenburg.
Invalidenstrasse 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr. Sternwarte.

Castans Panopticum.
Neu! Neu! Neu!
Der Champion aller Billardkünstler
Prof. Léon Goffard
aus Bruxelles
tritt täglich auf um 1/2 12 Uhr vorm., 5, 7, 8 Uhr nachm.
Lobende Photographien, die eiserne Jungfrau usw.

Schweizergarten
Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich:
Konzert, Theater, Specialitäten-Vorstellung und Ball.
Volksbelustigungen aller Art.
Jeden Abend 10 Uhr:
Hoppla, Vater sieht's ja nicht.

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern des Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Vereins für Bau- und gewerbliche Hilfsarbeiter Berlins hiermit zur Nachricht, daß am 2. Juni unter langjähriges Mitglied **Ferdinand Geitner** verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Andreaskirchhofs in Wilhelmsherg aus statt. Um rege Teilnahme bittet.
Der Vorstand.
37/3

Achtung! Barbierere. Achtung!
Donnerstag, den 6. Juni 1901, abends 10 Uhr, bei Wernan, Schwedterstraße Nr. 23/24:
Große öffentliche Versammlung der selbständigen Barbierere u. Friseurere der Schönhauser Vorstadt.
Tages-Ordnung:
1. Die Fellen wir uns zu den Forderungen der Geheßen?
2. Zur Beerdigung? (Bei jedem Punkt findet Diskussion statt.)
NB. Kollegen! Erscheint Mann für Mann! Es gilt unsre fernere Erheßen zu sichern.
10876* Der Einberufer.

Zoologischer Garten
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Militär-Doppel-Konzert.
Entree 1 Mark
ab 7 Uhr nachmittags 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Wenn Frau und Kinder mal genoscht zu viel vom süßen Kuchen, kauft der „Wurm“ ne ganz gewiß: Sie sollen's nur versuchen!
Berlangen Sie gef. ausdrücklich **Wurms Hagendoktor!**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, **August Dable** am 1. Juni verstorben ist.
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Friedrichshain aus nach dem Rarins-Kirchhof in Wilhelmsherg statt. 105/6

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Mittwoch, den 5. Juni 1901, abends 8 1/2 Uhr,
Konferenz der Vertrauensleute für den Osten bei Wiedemann, Friedenstraße 67.
Sonntag, den 9. Juni 1901, vormittags 10 Uhr,
Versammlung der Gas-, Wasser- und Heizungsrohleger und Helfer im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Steiner über: Die Entwicklung der sozialen Bewegung in den 40er Jahren. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Die Kollegen werden nochmals auf die am Sonntag, den 9. d. Mts. vormittags 10 Uhr, stattfindende Urania-Vorstellung aufmerksam gemacht. Wollte hierzu sind noch bei den Kassieren und im Bureau zu haben.
115/12 Die Ortsverwaltung.

In der „Völker-Arena“:
Beduinen-Karawane
Besichtigung des Bazars, der Truppe, des Zeltlagers; ferner Kesselreiten von 3-8 Uhr.
Schaustellungen: 4, 1/2, 7 Uhr.
Entree direkt v. d. Strasse an d. Stadtbahn: 50 Pfennig. Kinder 25 Pf. Gartenbesucher zahlen 25 Pf., Kinder 15 Pf.

Rummelsburg.
Heute, Mittwoch, abends 9 1/2 Uhr im Café Bellevue:
Öffentl. Versammlung sämtlicher selbständigen Barbierere Rummelsburgs.
Tages-Ordnung:
1. Der Streit der Geheßen. 2. Coent. Bewilligung der tarifmäßigen Löhne. 3. Erhöhung der Preise. Verschiedenes. 16976
Der Einberufer.

Orts-Krankenkasse der **Sattler u. verw. Gew. in Berlin.**
Sonntag, den 2. Juni, verstarb unser Mitglied **Hermann Meeser** (Wittwe von K. Joh. Söhne).
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Juni, nachm. 4 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Lippinerstr. 22, nach dem Emmaus-Kirchhof statt.

Centralverband der Maurer.
Zahlstellen Berlin und Umgegend.
Donnerstag, den 6. Juni, abends 8 Uhr:
Sieben grosse Mitgliederversammlungen in folgenden Lokalen:
für Westen, Südwesten und Süden: in Gossmanns Fest-sälen, Kreuzbergstr. 48.
für Südosten, Osten und Nordosten: bei Herrn Stecher, Andrastraße 21.
für Norden, Wedding u. Moabit: in den Borussia-Sälen, Adorfstraße 6/7.
für die westlichen Vororte: in den Kaiserhallen, Steglitz für die südlichen Vororte: Hermannstraße Nr. 48 in Rüdorf für die östlichen Vororte: bei Komber, Wilhelmstraße 10, Friedrichsfelde.
Tages-Ordnung in allen Versammlungen:
Das bestehende Vertragsverhältnis und die hertigen Zustände auf den Bauten.
Kollegen! Es sind in letzter Zeit Zustände auf den Bauten eingetreten, die nur zum Schaden für die Allgemeinheit anarbeiten können und die deshalb dringende Abhilfe erforderlich machen. Wie aus der Tages-Ordnung zu ersehen, sollen die bestehenden Verhältnisse in den Versammlungen erschrpfend behandelt werden und haben wir deshalb alle Verbandsmitglieder hierzu ein.
Die Bandepulierten werden ersucht, Handzettel zur Agitation für diese Versammlungen heute abend in den Vertragslokalen in Empfang zu nehmen.
Die Verbandsleitung.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
— Mittwoch abends 8 Uhr: —
Das Gefängnis.
Lustspiel in 4 Aufzügen von Robert Schenck.
Donnerstags abends 8 Uhr:
Gastspiel Ferdinand Bonn.
Der Kaufmann von Venedig.
— Freitag abends 8 Uhr: —
Vorlesung des Gastspiel Ferdinand Bonn. Letzte Wiederholung.
Der Kaufmann von Venedig.
Central-Theater.
Heute Anfang 8 Uhr.
Mit ganz neuer Ausstattung an Kostümen, Dekorationen u. Requisiten, zum 64. Male:
Die Geisha.
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones. Morgen und folgende Tage: Die Geisha. — Anfang 8 Uhr.

Carl Weiss-Theater
Or. Frankfurterstr. 132.
Zum erstenmal:
Sie weiß etwas!
Schwank in 4 Akten v. Rud. Anst. In Szene gesetzt von Alth. Lang. Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
22. Juni: Eröffnung der Sommer-Oper. Im Garten: Täglich Specialitäten und Theater-Vorstellung, Konzert. Anfang 5 1/2 Uhr.

V. Abänderung zu dem **Statut der Orts-Krankenkasse d. Tabakfabrikarbeiter zu Berlin** vom 14. November 1892 vom 28. Januar 1893.
Vant Bestimmung des Herrn Oberpräsidenten vom 20. Mai d. J. sind die Beiträge auf 1/2 Proz. des durchschnittlichen Tagelohns zu erhöhen und die Kassenleistungen auf das gesetzliche Mindestmaß herabzusetzen.
Artikel I.
I. Der § 20 der III. Abänderung zum Statut lautet demnach wie folgt:
Die durchschnittlichen Kassenbeiträge betragen:
1. für die männlichen Kassenmitglieder über 15 Jahre, einschließlich der Bedienung 2,10
2. für die weiblichen Kassenmitglieder über 15 Jahre 1,25
3. für die männlichen Kassenmitglieder unter 15 Jahren und für die Bedienung 1,08
4. für die weiblichen Kassenmitglieder unter 15 Jahren 0,84
5. für Witwen verstorbenen Mitglieder zur Wohnung des Antrags auf Sterbegeld (3 20) 0,30
II. Krankengeld wird gewährt an alle Kassenmitglieder andernfalls im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung für dreizehn Wochen.
Artikel II.
Dieser Nachtrag tritt laut obiger Bestimmung am 10. Juni d. J. nach statutenmäßig erfolgter Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 3. Juni 1901.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Tabakfabrikarbeiter.
Der Vorsitzende: Emil Ullrich.

Sonntag, den 2. Juni, verstarb unser Mitglied **Fran Helene Leibel.**
Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des Andreaskirchhofs in Wilhelmsherg aus statt. 273/5
J. H. G. Assmann.
Verband d. Kürschner.
Todes-Anzeige.
Am Sonnabend, den 1. Juni cr., verstarb nach kurzem Krankenlager an Bluthusten und Lungenentzündung unser Kollege **Max Totenhaupt.**
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 5. Juni, abends 6 Uhr, auf dem neuen Litten-Kirchhof, Brüder-Ghauffee, statt.
Der Vorstand.
93/12

W. Noacks Theater.
Brannenstraße 16.
Täglich im Garten:
Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Der arme Poet.
Schauspiel in einem Aufzuge.
Neu! Der Dieb. Neu!
Komische Operette in einem Akt von G. Mülller.
Im Saale: Gr. Ball.
Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Aus dem Volke.
Vollständiges mit Gesang und Tanz in 4 Bildern.
Auftreten der Excelsior-Gesellschaft Hedwig Böhring, des Grotesque-Romikers Paul Coradini, der Gebrüder Damm, Krobaten, The Garays, Stad-fahrer, Mr. Bartlings lebende Photographien, Konzert und Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Rainerterter Platz 50 Pf. Kabbe.

Sanssouci
Im Garten:
Täglich:
— Hoffmanns —
Nordd. Sänger und Konzert.
Anfang d. Konzerts 5 Uhr, der Soiree 7 Uhr, Wochen-tags 6 Uhr, d. Soiree 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonntag, Montag und Donnerstag: **Tanzkränzchen.**
Wochentags: Vereinsbillets gültig, Tanz frei.
Kaffeeische täglich ab 4 Uhr geöffnet. Zum Besuche d. Restaurationsgartens (ohne Entree) wird hies. eingeladen.

Teilzahlung 10 M. liefert elegante Herren-Garderobe
nach Maß, auch das Kasse allerbilligste Preise. Herr Garderobe stets vorrätig.
Tomprowski, Neanderstr. 16. II.

Apollo-Theater
Vollständig neues **Special.-Programm.**
Frau Luna
mit Luftballett
Grigolatis.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Metropol-Theater.
W., Behrenstraße 55/57.
Das brillante arkadische Juni-Programm.
Henry Bender, Georg Kaiser, Harry Aertsens brillante Parodien.
Miniatur-Oper und Ueberbrettel. 17 brillante Nummern! Rauchen überall gestattet. Anfang 8 Uhr.

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Eine Hochzeit in de Wasserstraße.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Wo amüsiert man sich grossartig? In Schnegelsbergs Festsälen, Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.
Heute: **Grosser Ball und Thaler-Regen** verbunden mit Giggren-, Nyselinen-Regen und überien Uebererhebungen. 14812*
Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei. Empfänge meine Säle, 300 und 1500 Personen fassend (mit Bühne), den geübten Genossenschaften, Vereinen, Fabriken etc. zu Versammlungen und Reheisen jeder Art.
Max Schindler.

30 Mark elegante Herren-Anzüge nach Mass. **30 Mark hochfeine Sommer-Paletots** nach Mass.
Für **10 Mark** hochelegante Bekleidere nach Mass.
guter Stoff, tadelloser Sitz!
14 Krausen-Strasse 14, 1 Tr. Kein Laden. 1 Tr.

Deutsche Konzerthallen.
An der Spandauer Brücke 3. Im schattig. Sommergarten:
Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte.**
Die Boeren-Kapelle.
Neapol. Tarantella-Kapelle, Saccor. Wiener Damen-Kapelle Raymond Theater-Abteilung (Künstler-Variété) erstklass. Specialitäten.
Von, mittags 12 Uhr bis 3 Uhr nachm. „Bürgerliches Diner“. Preis pro Couvert 75 Pf. 4 Gänge.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Kritische Leitung: Paul Mübitz. 16492*
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeische ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. 2 hochgelegene Regalbahnen, Würfelbuden, Rondirett, Blumenstand etc.
Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:
Familien-Kränzchen.

Wo amüsiert man sich grossartig? In Schnegelsbergs Festsälen, Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.
Heute: **Grosser Ball und Thaler-Regen** verbunden mit Giggren-, Nyselinen-Regen und überien Uebererhebungen. 14812*
Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei. Empfänge meine Säle, 300 und 1500 Personen fassend (mit Bühne), den geübten Genossenschaften, Vereinen, Fabriken etc. zu Versammlungen und Reheisen jeder Art.
Max Schindler.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Kritische Leitung: Paul Mübitz. 16492*
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeische ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. 2 hochgelegene Regalbahnen, Würfelbuden, Rondirett, Blumenstand etc.
Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:
Familien-Kränzchen.

Öffentliche Dienstbotenversammlung
Mittwoch, den 5. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in „Cohns Festsälen“, Behndstr. 20.
Tages-Ordnung:
Referent Herr Schriftsteller Wenk über: „Wie sollen wir unsre Dienst-boten behandeln“. Danach freie Aussprache und Verschiedenes.
Dienstende und Hausfrauen sind dringend eingeladen.
Freunde und Gönner der Dienstbotenbewegung sind herzlich willkommen.
16945 Die Einberuferin.

Berliner Schneider-Akademie
Gegr. 1871. von Rudolf Maurer keine Fiktalen.
nur Berlin W. 8, Friedrichstraße 65 a.
Ich mache hiermit bekannt, daß das auf beiden Berliner Gewerbe-Ausstellungen 1879 und 1896 mit der höchsten Aus-zeichnung und Preisfeld 1900 mit der goldenen Medaille prämierte Carré-System nur auf meiner Akademie ge-lehrt wird und werde ich jede Nachahmung strafrechtlich ver-folgen. Stillschneideweise kostenlos. Am 1. und 15. jeden Monats beginnen neue Kurse in der Herren- und Damen-schneiderei. (Specialität: Aufschnitt und Verarbeitung von englischen Kostümen.) Illustrierte Jubiläums-Prospette gratis und franco. III. Jubiläumsgabe (10 Aufzüge) der Lehrbücher zum Selbstunterricht „Der praktische Aufschneider“ 2 Bände gebunden 20 M.
Neu! „Der praktische Damenschneider“ gebunden 7 M.
Verlag der „Internat. Wochenschr.“ Abonnent zahlr. 10 M.
Alfred Maurer, Direktor.
Schneidermeister und Lehrer der Fachwissenschaft.

Warenhaus A. Wertheim.

Versand-Abteilung Berlin W., Leipzigerstr. 132-135. - Sommer-Preisliste kostenlos.

Ein grosser Posten:

Ungarn. Damenhüte 65 Pf.
moderne Formen und Farben

Engl. garnierte Damenhüte
in verschiedenen Ausführungen
95 Pf. 1.25 Mk. 1.75 Mk.

Gitterschleier mit Tupfen
ca. 45 cm. breit, schwarz, weiss und weiss-schwarz
Meter 25, 35, 50 Pf.

Hemden-Blusen

Perkal bunt gemustert, 1.45 und 1.90 Mk.
" bunt gemustert, mit Büsche 2.75 Mk.
Einfarbig mit Falten 2.85, mit Sattel 3.25 Mk.
" mit Piqué-Einsatz 4.25 Mk.
Zephyr gemustert 2.85 und 5.85 Mk.
Weiss Batist mit Stickerei-Einsätzen 5. Mk.

Damen-Stoff-Handschuhe

Farbig mit Aufsicht 22 Pf.
Schwedisch imitiert 30 Pf.
Farbig mit Druckknöpfen 45 Pf.
Halbseide farbig, weiss, schwarz 60 Pf.
Schwedisch imitiert, mit Druckverschluss 75 Pf.

Halbhandschuhe durchbrochen

15 und 30 Pf. Seide, 45 Pf. Seide 70 Pf.

Ein grosser Posten:

Decken und Läufer
auf Kongress- und Aidastoffen 2.50 Mk.
regulärer Preis 2.75-5.50 Mk.

Point lace-Decken

mit Moiré-Einsatz
regulärer Preis 90 Pf., regulärer Preis 2.75 Mk.
1.50-2.50 4.50-6.-

-Läufer regulärer Preis 3.50 Mk.
6-8 Mk.



Leipzigerstrasse
Rosenthalerstrasse
Oranienstrasse

Photographische Ateliers

von 8-8 Uhr geöffnet
Vorzügliche Aufnahmen
auch bei elektrischem Licht.

Visitbilder 1.80 M.
Kabinettbilder 4.80 M.
Postkarten 1.20 M.
per Dutzend.

Anfertigung
von
Vergrösserungen.



Fordern Sie dänischen Anker-Santabak, vorzüglicher Geschmack.
Ganz neu, 5 und 10 Pf.-Schleifen. 17459*
Centralbetrieb: Carl Röcker, Berlin, Gräner Weg 8. Amt 7, 3861.

Massage-Institut
von H. und Fr. Mania
befindet sich nach wie vor
Brunnenstr. 16, Portal 2, 1 Treppe,
und in der Filiale Turmstrasse 47.
Für sämtliche Orts- und Hilfs-
Krankentafeln. (13600)*
Mechanische Apparate. *

Honig!
Oldenb. Bienenhonig,
hohe Qualität, ver-
sendet 9 Pfd. netto zu
6,50 M., 5 Pfd. netto
zu 4 M. fr. Radn. Gar. Jürlich.
Nordloh.
E. Reil, Bahnhof Augustfehn,
Oldenburg. (17003)*

Rob-Zabaf
Engros- und Detailverkauf.
Rud. Völcker & Sohn, Köpckeplatz 45. 15890*

Feinste Mass-Anfertigung.

(1711L)*
Zur Reise

Havelocks aus gutem, wetterfesten Loden, in sehr eleganter Ausführung
8,50, 10, 12, 15, 18, 20, 25, 30 und 35 Mk.
Joppen von gutem Sommerloden, mit und ohne Futter, tadellos sitzend,
3, 4,50, 6, 7,50, 9, 10, 12 und 15 Mk.
Radfahrer-Anzüge in Jackett- und Falten-Joppen-Form
15, 17,50, 20, 25 und 30 Mk.

Carl Stier, Fabrik für Herren- und Knaben-Garderoben.

Berlin, Oranienstr. 166. Potsdam, Brandenburgerstr. 23.

Tadelloser Sitz. - Beste Verarbeitung.

Streng feste Preise.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 2 Uhr, für die Vorortnummern
bis 4 Uhr, in der Hauptexpedition
Dönhofsstr. 3
bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restaurations sofort zu verkaufen.
Kuchentisch, Karolinenstr. 54, Restauration. 71*
Edelkaffee mit schönem Porzellan
verkauft Lehmann, Schul-
str. 12. (905K)*
Vorjährige elegante Herrenanzüge
und Sommerkostüme aus feinsten
Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonn-
abend und Sonntag. Versandhaus
Germann, Unter den Linden 21 II.
**Teppiche, Gardinen, Remontoir-
waren** spottbillig Verhau, Reander-
str. 6. 68/4*
Becken, Steppdecken, Regulatore
spottbillig Verhau, Reanderstr. 6.
Kinderstühle spottbillig Andreas-
str. 23. 656K*
Kinderwagen, Sportwagen,
Kleinauto, Bazar Bobo, Inno-
wienstr. 100, Franzosenstr. 115,
Oranienstr. 31, Belle-Alliance-
str. 107, Reichenburgerstr. 24, o.
Charlottenburg, Wilmersdorferstr.
62, 55. Teilzahlung gestattet. 647K*

Für Hausbesitzer sämtliche Baumaterialien, Dachpappe, Brennholz
5 Mark, Charlottenburg, Widmar-
str. 89. 15056*
Kindernährmittel, stets frisch,
offiziert zur Zeit des Brechdurchfalls
zu ermäßigten Preisen. Flora-
Drogerie, Paul Henke, Rixdorf,
Kaiser Friedrichstr. 242, beim
Germannplatz. 1946B
Abreißkalender verkaufe sofort
Kleiderpinsel, Wäschepinsel, Reißzweifen
mit Nadeln und Federbetten, zwei
Sofas, Tische, Stühle, Spiegel, mit
Spindeln, Nähmaschine, Fahrrad
spottbillig, Waldemarstr. 27 vorn I.
Gegenstände: Schiffssofa
13,-, Küchenschiebe 5,-, Küchenspinde
12,-, Wäschepinsel 28,-. Voll-
ständige Einrichtungen spottbillig.
Möbel werden in eigener Werkstatt
angefertigt. Dirschow, Mariannen-
str. 7a. 716K*

Nähmaschinenlager sämtlicher
Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00,
Lieferung sofort, Landsbergerstr. 82.
Papagei-Kudwahl, grau, grüne,
fingerzahn, sprechend, 25 Mark,
Oranienstr. 87. 1888K*
Lampe sofort zu verkaufen Fried-
richsberg, Pfarrstr. 41, Hof 1 Tr.
bei Steiger. 1701B
Teppiche mit Herdenstieren, Stepp-
decken, Portieren, Tischdecken, Vor-
hängen, Sofabehänge. Fabrik-
niederlage Große Frankfurterstr. 9,
partiere. 790
Fahrräder, verfallene, nur er-
kaffige Marken, größte Kudwahl,
40,00 Mark an. Verhau, Seibel-
str. 20. 1699B

Vermischte Anzeigen.

Elektrotechnik. Jacken, Alte
Jahresstr. 24. Nur Abendkurse;
geeignete Lehrentfall. Gründliche
theoretische und praktische Ausbildung;
monatlich 6 Mark. Beginn 7. Juni.
Räder durch Prospekt. (707K)*
Französisch (billig) Breitenstr. 5.
Englisch (billig) Breitenstr. 5.
Violin, Klavier, Unterricht, Ver-
thode Doktor Brennecke, Monats-
honorar 10,00, Oranienstr. 118. 1*
Patentanwalt Dammann, Oranien-
str. 57, Moritzplatz. Gründlich
lokalen Rat abends bis neun.
Schriftliche Arbeit jeder Art,
Klagen und Gerichtsakten, Steuer-
Reklamationen, Briefe, fertigt erfol-
reich und billig Franz Bildhagen,
Griechenstr. 32, Quergebäude III.

Unfallfliegen, Invalidenwagen,
Reklamationen fertigt Schulz, Berg-
mannstr. 107. 10899*
Unfallsachen, Klagen, Eingaben,
Reklamationen, Puffer, Steglitzer-
str. 65. 13235
Rechtbüro, Rechtsfälle, Rat-
berater, Andreasstr. 3, Dreieck-
str. 1082b
Kunststoffserei von Frau Kosobly
Steinwegstr. 48.
Der Stoff hat? Fertige Herren-
anzüge mit Futter, 15 Mark.
Baum, Schneidermeister, Frank-
furterstr. 59 III. Rufen beachten.
Anfertigung eleganter Herren-
garderobe. Teilzahlung gestattet.
Maxim, Kleine Frankfurterstr. 20. *
Damenkleider reinigen, färben,
Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark
an. Reichenstr. 78, Andreas-
str. 78 partiere, Eisenbahnstr. 18
Buchbinderarbeit jeder Art
fertig Ferdinand Kleinert, W. Wilms-
str. 66, 2. Hof partiere. 23876
Stoff, Tuch, Futter Reste kauf
Seyfert, Zeltowerstr. 44. Postkarte.
Zahngelüste und künstliche Zähne,
unbrauchbare Kauf und holt Herzlieb,
Münsterstr. 60a. 16555
Wernau's Gemüse und Garten,
Schwedterstr. 25, Sonnabende an
Bereine zu vergeben. 749*
Bereinszimmer Steinestr. 23
Bld. 509K*
Mittagsisch, reichlich und kräftig,
Frau Binde Weiser, Prinzenallee 21,
Vorberhaus. 1676B
Konzert-Kapelle empfiehlt Ulrich,
Friedrichstr. 39. 1702B

Vermietungen.

Fabrikräume, Doppellicht, große,
kleine und mittlere, unter günstigen
Bedingungen zu vermieten. F. Simon,
Wilsdorfstr. 1. 7092*

Zimmer.

Schön möbliertes zweifelhafte
Zimmer für Herrn bei kinderlosen
Leuten vermietet sofort Emanuel
Krausestr. 2, IV. Halb II. Ausgang.
Mit Kasse 22 Mark. 1993B
Möbliertes Zimmer für zwei
Bartigenossen sofort zu vermieten.
Binne Rosenthal, Forsterstr. 54,
Hof III. 1692B

Schlafstellen.

Wollstr. 21/22 Schlafstelle,
reparat, Curt, Quergebäude IV.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Unverheirateter junger Mann,
Materialist, sucht Stellung in einem
Konsumverein oder in ähnlichen
Unternehmungen. Adressen erbittet
"Konsumverein" Postamt 37. 750
Suche Wäsche, Frau Wölfe,
Friedrichstr. 16, 1/2 Treppen. 681B

Stellenangebote.

Zwei Korbmacher-Gesellen auf
Ordnung verlangt Krüger, Weihensee,
Dresdenerstr. 1. 7125*
Zeitvertreiber mit Erlaubnis
werden verlangt. Augustin, Zorn-
dorferstr. 49. 790
Stenograf Lehrling verlangt
Grienenstr. 1. 1696B
Wahrgelüste wird verlangt.
Schwenker, Falkensteinstr. 17.
Strickerin, Maschine, aufrichtiger
verlangt L. Brose, Blumenstr. 35a.
Gewerbe Wamsfeld auf Jachens
suchen das ganze Jahr hindurch bei
mir Beschäftigung. Freie 1,50 bis
2,00 Mark. Engros-Werstatt Rosantien-
Allee 88. 1651B

Zu Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorheben
Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

Klempner-Gesellen

für dauernde Beschäftigung, Bauarbeit,
gelocht Sorau, N.-L., Oberstr. 13.

Achtung! Holzarbeiter.

In der Köchennabel-Jobst von
Rosa u. Kiene, Schulstr. 21,
haben sämtliche Tischler wegen Abganges
die Arbeit niedergelegt. Zugang ist
ferngehalten. 81/18
Die Ortsverwaltung
des Holzarbeiter-Vereins.